

Die Bündnisgrünen und die Ökonomie

- Über die Fehlleistungen der Wirtschaftswissenschaft und -politik -

Offener Brief an Jürgen Trittin MdB

von

Tristan Abromeit

24. August 2011

www.tristan-abromeit.de

Text 96.0

Text 96.1:

Ergänzungen: Kommentierte Meldungen zu Inflation und Deflation etc.

Text 96.2:

Unangenehme Wahrheiten

Hintergründe der aktuellen Finanz- Wirtschafts- und Eurokrise

Links zu Beiträgen von

Prof. Dr. Christian Kreiß

Text 96.3

Quellen zum Thema Inflation und Deflation in der Weimarer Republik

Der Zusammenbruch der Goldwährung, von Prof. Dr. Gustav Cassel, 1937

Auszug "Dr. Greely Hjalmar Schacht"

aus *Geheime Mächte* von Dr. Will Noebe, 1965



Leine-Zeitung, 24. August 2011

Bundesprominenz auf Wahlkampfbesuch:
Trittin besichtigt Elektronik-Unternehmen



Neustädter Zeitung, 24. August 2011

Sehr geehrter Herr Trittin,

heute morgen beim Frühstück sah ich in der Leine-Zeitung – der Regionalbeilage der Hannoverischen Allgemeinen Zeitung – ein Bild von Ihnen mit dem Bürgermeister von Neustadt a. Rbge., Uwe Sternbeck, und Frau Anja am Stand der Bäckerei Bundschuh auf dem Biomarkt.¹ Die Überschrift des entsprechenden Berichtes lautet:

Auch so ein Bundesgrüner kann sich mal irren.

Die Leine-Zeitung bezieht sich dabei auf Ihre Aussage, daß Sie die positive Entwicklung der Energie aus regenerativen Quellen unterschätzt hätten. Eine solche Fehleinschätzung gibt man doch gerne zu. Geben aber Bundesgrüne auch gerne Fehleinschätzungen in der Ökonomie zu? Ich bin zu dem Treffen des Ortsverbandes der Bündnisgrünen Neustadt mit Ihnen nicht hingegangen, weil ich versucht gewesen wäre, durch Fragen den Zweck Ihres Auftrittes in Neustadt, nämlich den Bürgermeisterkandidaten und den OV im Wahlkampf zu unterstützen, zu stören. Dabei ist es so, daß Sie mir als Person mit der Zeit durchaus sympathisch geworden sind, was eben nicht von Anfang an so war. Wir Bürger allgemein müssen mehr lernen, die Sache und die Person, die sie vertritt, voneinander zu trennen. Prof. Erich Reigrotzki – der in Marburg Staatswissenschaften gelehrt hat und über Jahre die BürgerInnen ermutigt hat, sich gegen die Unbotmäßigkeit des Staates zu wehren – schrieb mir 90-jährig im November 1991:

So etwa: Gegen Menschen tolerant, aber völlig intolerant in der Sache.
In der Politik (Bundestag) ist es meist umgekehrt: Da pöbelt man sich
erst an, und fällt dann meist hinter der Scene in irgendeinen
elenden Kompromiß zurück.

Ich hätte diesen Brief überschreiben können mit: "Auch die Bündnisgrünen müssen im Irrgarten der Meinungen und Theorien wie die konkurrierenden Parteien den Ausgang suchen!" Im Grunde hat sich die Situation der Grünen von der Gründung an - die mit den Vorstufen ja in die 70er Jahre zurück geht - nichts geändert. Auch die Bedrohungslage, die die grünen Aktivistinnen und Wähler 1980 empfunden haben und die heutigen empfinden, ist nicht sehr unterschiedlich. Nur hat sich die Zahl der Mitspieler im politischen Kartell² vergrößert und das Konglomerat aus objektiven Fakten und subjektiven Empfindungen, das das Bedrohungssena-

¹ Später kam dann zusätzlich die Neustädter Zeitung (Ein Anzeigenblatt, das an alle Haushalte in der Stadt mit seinen vielen Dörfern verteilt wird.) mit einem entsprechenden Bericht ins Haus.

² Das ist ohne Häme gesagt, nur auf dem Hintergrund formuliert, das der Wettbewerb eine Bedingung der Freiheit ist. In der Diktatur haben wir ein Parteienmonopol, in den bisher entwickelten Demokratien haben wir eben Parteienkartelle, die einen großen Teil ihrer Energien darauf verwenden Kartellmitglieder zu bleiben und Neumitglieder zu verhindern.

rio ausmacht, ist nicht identisch. Jedenfalls wurde die Bedrohung und die Unfähigkeit der "etablierten" Parteien, diese zu überwinden, so stark empfunden, daß die Vorbehalte, die gegen eine Parteigründung bestanden, überwunden wurden. Aber mit der Parteigründung bestand ja noch nicht die Aussicht, die Fünf-Prozent-Klausel zu überwinden. Ich gehörte damals zu jenen, die sich dafür aussprachen, die Partei auch für Mitglieder aus K-Gruppen zu öffnen um den nötigen Schub zu erzeugen. So selbstverständlich war das nicht, denn ich hatte schon 1969 böse Erfahrungen mit Menschen dieser Geisteshaltung bei der Gründung der [Aktion Demokratischer Fortschritt](#) (ADF) - ein Wahlbündnis von [DKP](#), [Deutscher Friedensunion](#) und "fortschrittlichen Kräften" ³ gemacht. Diese Erfahrungen wiederholten sich dann bei den Grünen. Ich will darüber aber kein Klagelied anstimmen. In der Politik gelten Fakten. Und Kräfteverhältnisse in einer Partei sind Fakten. Jedenfalls gehörte die freiwirtschaftliche Urgründungsgruppe, die im Gründungsprozeß mit anderen liberalen Personen und Gruppen das Bindeglied zwischen den auseinanderstrebenden Strömungen waren, zu den Verlierern in dem Entwicklungsprozeß der grünen Partei, deren Platz heute im Parteienspektrum nicht so einfach zu bestimmen ist. Wir, die Verlierer, waren aber personell total unterbesetzt und daher den Verdrehungen und Verleumdungen der "Linken" ⁴ ungeschützt ausgesetzt.⁵ Das Geschehen könnte man einfach als Kollateralschaden einer Parteigründung abtun, wenn dabei nicht auch Problemanalysen und Problemlösungen (weiterhin) aus dem Gesichtsfeld der Politik gedrängt worden wären, die durch die Gründung der GRÜNEN ins öffentliche Bewußtsein gerückt werden sollten. Dabei war es für viele Mitglieder der grünen Bewegung ein sehr starker Impuls, der für die Parteigründung sprach, den Bundestag als ein Forum für eine erforderlich gehaltene Aufklärung zu nutzen, um die einseitige politische Prägung der Republik, die auf einer abschüssigen Bahn gesehen wurde, zu stoppen.⁶ Die Sorge, daß sich die Partei und die Parlamente nur als Startrampen für Politiker-Karrieren erweisen könnten und die Inhalte nur noch etwas für den Wahlkampf sein würden, war doch allgemein groß - daher das Rotationsprinzip etc..

Die heutige große Unzufriedenheit der Bürger mit der Politik und die hohe Quote der Nicht-

- 3 So wurden die benannt, die sich nicht zum Kommunismus bekennen wollten oder konnten, aber für einen anderen Kurs der Politik waren.
- 4 Der Begriff trifft in der pauschalen, wenig präzisen Formulierung nicht genau. Aber was ein Linker ist, ist für jeden Zeitabschnitt der Betrachtung unterschiedlich zu beschreiben und hängt ja auch vom Ort des Geschehens und vom Politikbereich ab.
- 5 Alle Parteifreunde, die dann mit Hilfe der Partei etwas geworden sind, haben zu den Verleumdungen geschwiegen, weil sie ihre eigene Karriere oder ihr eigenes Anliegen nicht gefährden wollten.
- 6 Die Parole von der Vielfalt in der Einheit der Grünen, zeugt ja davon, daß ursprünglich gewollt war, alle Mitwirker an dem grünen Parteiprojekt zu Wort kommen zu lassen. Von den Mitgliedern mit einem marxistischen oder sozialdemokratischen Profil wurde das aber nur so lange toleriert, wie sie selber noch eine Minderheit waren. Sobald diese Gruppen witterten, die Mehrheit erlangen zu können, wurde das Gebot der Vielfalt sabotiert.

wähler zeigt, daß der Einzug der Grünen in die Parlamente, nichts an dieser Situation geändert hat.⁷ Der hohe Zuspruch, den die Grünen heute haben, ist nicht in einer besonderen politischen Leistung begründet, sondern in der Unzufriedenheit mit den anderen Parteien, die in den Parlamenten vertreten sind. Die Situation ist nicht schicksalsmäßig vorher bestimmt, sondern das Ergebnis davon, daß sich noch einmal Ideen, die das Verfallsdatum schon lange überschritten haben, noch einmal austoben mußten. Nun ist es aber völlig unsinnig, BürgerInnen vorzuwerfen, sie vertreten progressive, liberale oder konservative Ansichten und daraus Charakterfehler der Meinungsträger zu konstruieren. Was hätte die Meinungsfreiheit und Lehrfreiheit für einen Sinn, wenn sie sich nur noch in einer Form mit einem Inhalt ausdrücken dürfte und dann noch zu sagen, dies sei von Gott-, der Partei- oder der Mehrheit im Parlament so gewollt. Wer offen, ehrlich, ohne List und Manipulation seine Meinung vorträgt, sollte unseren Respekt haben, egal ob uns der Inhalt gefällt oder nicht. Diese Grundregel gilt aber offensichtlich nicht in den Parteien. Die Nazis werden gottlob allerseits verdammt, aber die Zeile aus dem Horst-Wessel-Lied "die Reihen fest geschlossen" hängt unsichtbar in großen Lettern an den Wänden der Büros der Partei- und Fraktionsvorstände. Das ist keine Nebensache. Ich verorte hier die geistige Immobilität der Parlamente und Parteien und benenne damit die Ursache für den politischen Verfall von Demokratie, die Verhinderung der Gesellschaft der Freien und unseren desolaten ökonomischen Zustand.⁸ Die Vergangenheitsbewältigung der Deutschen beschränkt sich immer auf das NS-Regime. Dabei wird nicht beachtet, daß die Mehrheit der Deutschen die Nationalsozialisten nicht gewählt haben, wegen ihrer kruden Programmatik, sondern weil sie in ihrer Verzweiflung die Hoffnung hatten, von dem ökonomischen Elend erlöst zu werden, in das sie die Demokraten (auch jene, die in der SPD organisiert waren⁹) aufgrund ihrer Blindheit und Borniertheit gegenüber Währungsfragen hineingeführt hatten. Man sagt, die Geschichte wiederhole sich nicht. Die Haltung der Parlamentarier offensichtlich doch. Zur Ablenkung vom eigenen Versagen der Politiker rufen sie laut: "Die Links- und Rechtsextremisten bringen die Republik in Gefahr!" Das halte ich für Unsinn! Wenn die politische Mitte ihre Hausaufgaben machen würde, würden linke und rechte Strömungen bis auf Merkposten austrocknen. Wenn unserer Republik also eine Gefahr droht, dann aus der politischen Mitte - zu deren linken Rand die Grünen sich ja auch zählen. Und solange das so ist, daß die Ökonomiefragen nicht geklärt sind, ist es auch egal, welche Partei einen

7 Der Einzug der Partei Die Linken in den Bundestag zeigt doch deutlich, daß die Grünen das Ziel der gesellschaftlichen, demokratischen Erneuerung verfehlt haben.

8 Diese Aussage bedeutet für mich nicht, daß ich nicht den guten Willen und die Anstrengungen der Parteimitglieder und Abgeordneten wahrnehme und zu würdigen weiß. Aber der tägliche Hickhack innerhalb und zwischen den Parteien ist für mich auch kein Zeichen der Offenheit in der Meinungsbildung.

9 Diese Aussage übersieht nicht die Widerstandsleistung gegenüber den Nationalsozialisten.

Kanzler stellt. Es ist Augenwischerei oder Budenzauber, wenn den Wählern beim jetzigen Informationsstand der Parteien vorgegaukelt wird, ein Kanzler mit einem SPD-Parteibuch oder der Mitgliedschaft bei den Bündnisgrünen, würde eine bessere Politik machen können.

Bevor ich zu dem Schwerpunkt meines Anliegens komme, möchte ich noch eine Randbemerkung machen. Neben dem Bericht über Ihren Besuch in Neustadt bringt die Leine-Zeitung auch unter dem Titel "Korte kritisiert Promi-Auftritte" einen kleinen Widerspruch. Manfred Korte, der lt. Bericht für die Unabhängige Wählergemeinschaft kandidiert, hat wohl gesagt: "Wenn alle Blockparteien ihre 'Säulenheiligen' zur Hilfe rufen, so zeigt das nur ihr Unverständnis für Kommunalpolitik." Ich will mich dem Urteil von Korte so nicht anschließen, doch die Ironie der Geschichte ist, daß die Kommunen unter Politik der eingeladenen Politik-Prominenz leiden und die Provinz durch ihre Blindheit die Fehlentscheidungen und Fehlbesetzungen in den Schaltstellen politischer Macht stützen. Viel zu stark ist in der Provinz noch die Haltung: "Führer befiehl! Wir folgen dir!" Nur das Wort Führer wurde verschämt ausgetauscht. Wiederum vom Gedanken des chancengleichen Wettbewerbs her gesehen, sind die Auftritte der Politikprominenz - bei allem Verständnis für der Motive der Gäste und der einladenden Parteigliederungen - eine Art Wahlverfälschung, die vermutlich auch noch aus der Staatskasse finanziert wird. Gegen solche Praktiken waren die Gründer der grünen Partei - soweit ich sie wahrgenommen habe. Es ist wieder ein Stück weg, vom Gründungsimpuls der Partei.

Nach der Zeitungslektüre, für die ein erwerbstätiger Mensch in der Regel keine Zeit hat, habe ich auf dem Bildschirm im Handelsblatt-Morning-Briefing folgendes gelesen:

Und nochmal Euro: Der frühere US-Notenbankchef **Alan Greenspan** hat das Ende des Euros ausgerufen. "Der Euro bricht zusammen", sagte er gestern auf einer Tagung. Das werde zu "sehr ernststen Schwierigkeiten im europäischen Banksystem" führen. Wir wissen nicht, ob er Unrecht hat. Aber wir hoffen es.

In dem Artikel "Das Prinzip Erfahrung - Die neoliberalen Wirtschaftslehren überzeugen immer weniger Bürger - auch gestandene Konservative entdecken ihre Tücken" von Karl-Ludwig Bader in der HAZ vom 20. 8. 2011, auf den mich mein Zahnarzt aufmerksam machte, ist zu lesen:

Die Bürger fühlen sich in der Krise von ihren politischen Repräsentanten allein gelassen. Sie geben sich weniger denn je mit den neoliberalen

Glaubenssätzen zufrieden, mit denen die Politik begründet wird.

Und weiter schreibt Bader - die enge ökonomisch-politische Denkweise der HAZ sprengend:

Das neoliberale Versprechen war, dass alles besser wird, wenn die Arbeitsverhältnisse flexibilisiert, Schutzrechte für Arbeitnehmer abgebaut und die Steuern herabgesetzt werden. Denn dann, so die Prophetie, wird die Wirtschaft eine Dynamik entfalten, die dazu führt, dass es am Ende allen besser geht.

Dieses Versprechen hat sich offensichtlich als trügerisch herausgestellt. Gerade hat der drittreichste Mann der USA, Warren Buffett, in einem aufsehenerregenden Zeitungsartikel unter anderem darauf hingewiesen, dass in Zeiten höherer Steuern mehr Arbeitsplätze geschaffen wurden. Aber in der neoliberalen Epoche des entfesselten Marktes wurden die Reichen reicher und die Schwachen schwächer. Ein wachsender Teil der Bevölkerung erlebt zunehmende Unsicherheit und eine Verdichtung der Arbeit bei stagnierenden oder sinkenden Reallöhnen.

...

Ein deutscher Konservativer mit Gespür für kulturelle Unterströmungen, Frank Schirrmacher, der Herausgeber der FAZ, hat diese Attacke aufgenommen und weitergeführt. Er spricht von einer „Selbstbewusstseinskrise des politischen Konservatismus“. Mit Begriffen wie Freiheit, Selbstbestimmung und Eigenverantwortung hätten die Neoliberalen bürgerliche Werte vereinnahmt.

...

Bürgerliche Freiheit ist an soziale Verantwortung gebunden, und Eigenverantwortung ist nur möglich, wenn der Mensch eingebunden ist in Institutionen, die ihm Sicherheit gewähren können. Freiheit braucht Ordnung, und der Mensch lebt nicht vom Brot allein, er braucht Muße, Bildung, anders gesagt: Zeit, die nicht wirtschaftlich rentabel genutzt wird.

...

Wenn Vertreter eines zivilisierten Konservatismus auf die Ökonomie, die wirtschaftlichen Vermögens- und Machtverhältnisse als Quelle der gesellschaftlichen Probleme hinweisen, dann kommen sie an einer Neuordnung des Marktes nicht vorbei, deutlicher formuliert: an einer anderen Verteilung der Lasten. Sie können sich dabei auf eine Initiative deutscher Millionäre wie sogar auf den Superreichen Warren Buffett berufen, die alle höhere Steuern für Vermögende fordern. ... ¹⁰

Ich halte nun wenig davon, in den Schimpf auf den Neoliberalismus einzusteigen:

10 Nachtrag! Aus dem Handelsblatt-Morning-Briefing vom 25. August 2011:

"Das Grollen in den Tiefen der konservativen Regierungspartei über eine Euro-Rettungspolitik, die nichts rettet, hat sich gestern in einem eruptiven Akt entladen. Der Bundespräsident, der Bundestagspräsident und die Vize-Parteichefin und Arbeitsministerin stellten sich gegen Merkel, Schäuble und die EZB, die seit Monaten mit unvorstellbaren Geldsummen gegen das Unvermeidbare ankämpfen. Auch Helmut Kohl langte gestern zu: "Deutschland hat den Kompass verloren." Unsere Titelgeschichte "Abrechnung mit den Euro-Retterern" analysiert die neue Lage und dokumentiert die erste wichtige Rede von Christian Wulff".

1. Weil es nur die eigene schwache ökonomische Denkweise vertuschen kann und soll.
2. Weil man sich mit diesem Geschimpfe nur bei jenen einreicht, die alles Unheil jeweils bei den Juden, den Kommunisten, den Multis, den Unternehmern und den Gewerkschaften verursacht sehen.
3. Weil die Neoliberalen erster Prägung, nämlich die Ordoliberalen eine völlig andere Vorstellung von der Entwicklung der Marktwirtschaft hatten.
4. Weil der Erfolg des Neoliberalismus zweiter Prägung durch die Mißwirtschaft des Keynesianismus in der praktizierten Form - der ja einen wesentlichen Schub der Verschuldung der Staaten brachte - gefördert wurde.
5. Weil es sich einfach in der praktischen Wirklichkeit rächt, wenn wesentliche theoretische Erkenntnisse - wie die der Freiwirtschaftslehre - permanent nicht beachtet oder sogar unterdrückt werden. Die Geschichte des vorigen Jahrhunderts, wie auch die unserer Republik hätte anders verlaufen können, wenn sich in der Wirtschaftspolitik weniger Ideologien ausgetobt hätten und dafür mehr Sachverstand geherrscht hätte.

Ich schreibe das nicht so leicht hin, um mich interessant zu machen. Ich bin mir meiner Bildungs-, Informationslücken und des Risikos eigener Fehltritte durchaus bewußt. Ich denke aber, was ich sage, hat Hand und Fuß. Die HAZ meldet am 11. August 2011:

Europas Jugend begehrt auf - Randalen in London, Demonstrationen in Madrid: Was die europäischen Protestbewegungen verbindet - und was sie trennt.

Die Schlagzeilen deuten an, was uns geschieht, wenn wir unsere gesellschaftspolitischen Aufgaben nicht besser erledigen als bisher. Ein Großteil der auf die Ökonomie und Gesellschaftsgestaltung bezogenen politischen Mißwirtschaft, die zu den Protesten in Europa geführt haben und weiterführen werden, kann man auch als die Hauptursache des weltweiten Terrorismus, der Befreiungsaufstände in der arabischen Welt und der unvorstellbaren Zahl der Hungertoten sehen. Und wenn jetzt auch Israel von solchen Protesten heimgesucht wird, haben wir den besten Beweis dafür, daß die Juden nicht die Drahtzieher des Geschehens sind.¹¹

In der Bibel kann man lesen, daß Jesus einst die Geldwechsler aus dem Tempel gejagt hat.¹²

¹¹ Das bedeutet aber nicht, daß nicht einzelne Juden hervorragend auf dem Klavier des Kapitalismus spielen können. Man schaue mal in "Mein Leben - USA - Europa - Israel" von Nahum Goldmann.

¹² Bei Eugen Drewermann habe ich gelesen, daß dies eines der wenigen Momente gewesen wäre, wo Jesus seine Friedfertigkeit verloren hätte. Mir fällt der Titel des Textes nicht ein, aber in dem Beitrag unter http://www.sozialoekonomie-online.de/ZfSO-131_Onken.pdf findet sich ein Bezug auf Drewermann und die Tempel-Geschichte. Nachtrag vom 28. 8. 11: Zwischenzeitlich bekam ich ein Link zugesandt, der zu einem Interview der *Salzburger Nachrichten* mit Drewermann führt. Darin heißt es u.a.: "**Drewermann**: Das heißt, es kommt überhaupt kein „Reicher“ in das Himmelreich. Das ist ganz real zu setzen. Jesus hat vor dem Mammon schlimmer gewarnt als vor dem Teufel, vor dieser Macht, die Menschen in die Unmenschlichkeit verführt. Es geht dann nicht mehr um Menschen, es geht nur mehr um Geld. Wer dieser Logik des

Ich sehe die Schilderung als ein Symbol für den Protest gegen ökonomische Fehlentwicklungen. Nun können wir keine Hoffnung haben auf eine Lichtgestalt, die unsere heutigen Tempel, die Parlamente ¹³ von den ökonomischen Irrläufern befreit. Wir, die politisch und ökonomisch interessierten und engagierten Bürger müssen diese Arbeit schon selber übernehmen; das ist kein leichtes Unterfangen, weil es bei den Irrläufern ja nicht um Menschen geht, deren Gesichter von dem Bösen gekennzeichnet sind, sondern meistens um hochanständige Zeitgenossen handelt, die nicht nur ihre eigenen Interessen, sondern auch das Gemeinwohl im Blickpunkt haben. Und finden sich Bürger ein, die sich die „Tempelreinigung“ zutrauen, müssen sie erst einmal in den geistigen Spiegel sehen, um zu prüfen, ob sie nicht selbst zu den Verunreinigern gehören. Diese ökonomische Tempelreinigung ist auch deshalb so schwierig, weil die Wirtschaftswissenschaften der westlichen Welt Gefangene von Doktrinen sind, wie einst die Ökonomen des sozialistischen Blocks. ¹⁴ Ich könnte jetzt der Frage nachgehen, ob eine fehlerhafte Konstitution der Wirtschaftswissenschaften – in der Beamte, die in ihrer Entwicklung vom Wohlwollen der Politik abhängen, Marktwirtschaft lehren, die zu ihrer persönlichen wirtschaftlichen Einbindung im Gegensatz steht – automatisch zu den sich täglich offenbarenden Fehlleistungen führt. Eine politische Großtat wäre es schon, wenn alle staatlichen Beraterverträge mit Ökonomen und alle Subventionen von Wirtschaftsforschungsinstituten gestrichen würden, damit der Nachschub der „ökonomischen Irrläufer“, die die Parlamente, Ministerien und Medien stoppt und die Wirtschaftswissenschaftler zwingen würde, sich auf sich selbst zu besinnen und das zu tun, wofür sie (offiziell) bezahlt werden, nämlich ökonomische Probleme zu lösen.

Ich bin noch bei den Zitaten aus der HAZ: Ist es für einen Linken nicht empörend, wenn Begriffe wie Freiheit, Selbstbestimmung und Eigenverantwortung von den Konservativen für sich reklamiert werden und ein Bedauern ausgesprochen wird, das diese Werte von den Neoliberalen vereinnahmt worden seien? Diese Werte stehen doch auch auf der Fahne der Linken – werden jedenfalls theoretisch angestrebt, wenn auch in der politischen Praxis mißachtet. Ich beschäftige mich zur Zeit mit der „Theorie des Eigentums“ von Pierre-Joseph Proudhon (auf deutsch 2010 im Verlag für Sozialökonomie herausgekommen). Bei der Beschäftigung mit Proudhon wird deutlich, daß die Entscheidung der Sozialisten sich an Marx und nicht an

Kapitalismus folgt, hat innerhalb dieses Systems keine mitfühlende Humanität mehr. Das ist unsere gefährliche Wirklichkeit." <http://search.salzburg.com/articles/20830719?highlight=drewermann>

13 Ich übergehe hier, daß manche Zeitgenossen die Börsen als die wahren Tempel unserer Zeit betrachten.

14 Ich erinnere an das Buch "Marxismus-Leninismus - Das Elend der halb deutschen, halb russischen Ideologie von Hermann von Berg, 1986.

Proudhon zu orientieren, eine Entscheidung für die Unmündigkeit und Unfreiheit der Werktätigen war.

Bei Rudolf Bahro, dessen Mahnungen an die Grünen vergessen wurden, habe ich gelesen, daß aber der Zentralismus des Marxismus gar nicht Marx Gedankengut wäre. Ich habe da meine Zweifel, weil der ökonomische Zentralismus eine logische Folge vom Etatismus ist und den politischen Zentralismus in der Form einer Diktatur erzwingt. Bevor ich mit einem Zitat belege, wie Bahro (in seiner Zeit der Unfreiheit) für die Sozialisten doch noch einen gangbaren Weg sah, springe ich über zu Franz Oppenheimer, der sinngemäß in seinem Werk *Der Staat* geschrieben hat, daß auch der Verfassungsstaat noch ein Klassenstaat bleibt, solange die ökonomische Verteilungsfrage nicht gelöst sei. Und in der Tat ist doch zu beobachten, daß der Kampf um die Regierung im Land und um Sitze in den Parlamenten ja nicht nur zur Befriedigung persönlicher Machtgelüste und des Ehrgeizes der jeweiligen Kandidaten stattfindet, sondern weil man via Staatsmacht eine Verteilungsgerechtigkeit dadurch herstellen möchte, daß man das Recht bekommt, anderen in die Geldtasche zu greifen. Sicher ist es erforderlich, nicht nur über ein gerechtes und einfaches Steuerrecht nachzudenken, sondern es auch zu realisieren.¹⁵ Nur mit einem noch so guten Steuerrecht schafft man nicht die kapitalistischen Konzentrationsprozesse aus der Welt. Besteuert man unter den gegebenen Bedingungen die Kapitaleinkommen zu hoch, müssen zusätzliche Subventionen dafür sorgen, daß weiter investiert wird.

Und nun nochmals zu Rudolf Bahro: Ich bringe den Schluß aus seinem Buch *Die Alternative*, welches er in der Unfreiheit des DDR-Regimes¹⁶ geschrieben hat und für dessen Veröffentlichung er dort eingesperrt wurde.¹⁷

Schlußsätze aus:

15 Die steuerpolitischen Verirrungen werden auch deutlich, wenn höchste Gerichte darüber entscheiden müssen, daß beim Verspeisen einer Currywurst sitzend 19 % MWSt und stehend 7 % gezahlt werden muß. Auch ist es doch so, daß das Steuerrecht geradezu kriminelles Handeln produziert und somit jegliche moralische Grundlage verloren hat. Die öffentliche Empörung über die Steuersünder verdeckt doch in großem Umfang die Verärgerung der Politiker darüber, daß sie durch die Steuerhinterziehung weniger über das von ihnen nicht erarbeitete Einkommen anderer verfügen können.

16 Für dessen Anerkennung als Realität – nicht als Ideal - durch die BRD-Politik ich mich schon 1967 eingesetzt habe.

17 Seit kurzen gehört „Friede auf dem Erdboden“ von Hans Herrmann Traugott Strung zu meinem Bücherbestand. Strung mußte nur für die Tatsache, daß er das Manuskript nach Westberlin schaffen wollte, Jahre im Gefängnis sitzen, zusätzlich wurde seine Familie aufgrund seines Einsatzes für Gedankenfreiheit vom Staat zerstört. Mehr unter:

<http://www.insuedthueringen.de/regional/thueringen/thuefwthuedeu/art83467,1716682>

Die Alternative – Zur Kritik des real existierenden Sozialismus, 1977
von Rudolf Bahro

In diesem Sinne habe ich das kommunistische Produktionsziel, seit Marx unbestritten die reiche Individualität, auf seine Konsequenzen für die Struktur der materiellen Bedürfnisse, also für den Planbedarf der Gesellschaft, sowie für den Typus von Proportionalität befragt, der planmäßig in dem gesamten Reproduktionsprozeß durchdringen muß. Als der gemeinsame Nenner, der das ökonomische Grundgesetz und das Proportionalitätsgesetz der kommunistischen Formation zusammenfaßt, erweist sich eine neue Ökonomie der Zeit, die ihren Maßstab in den Entwicklungserfordernissen zur sozialen Universalität bestimmter Menschen, in ihren »Zeitplänen« für die umfassende Aneignung der Kultur sowie ihr Instrument in einer auf Zeiteinheiten basierenden Wirtschaftsrechnung besitzt. Und schließlich habe ich das Problem verfolgt, wie die kommunistischen Individuen ihren gesellschaftlichen Gesamtprozeß rationell regeln können, um sich über das Reich der Notwendigkeit zu erheben, in ihrer Gemeinschaftlichkeit zugleich ihre Freiheit, ein unbegrenztes Feld ihrer Selbstverwirklichung im Handeln, im Denken, im Genuß ihrer persönlichen Beziehungen zu finden.

Die Antwort liegt in der Aufdeckung des föderativen Prinzips, das der Idee der freien Assoziation eingeschrieben ist: Unterordnung des hierarchisch geordneten informationellen Zusammenhangs; Assoziation statt Subordination der Individuen zu ihren verschiedenen subjektiven und objektiven Zwecken; Assoziation ihrer Verbände (nicht zuletzt natürlich der

542

Grundeinheiten ihres Arbeitsprozesses) zu wesentlich territorial gruppierten Kommunen als den entscheidenden vermittelnden Gliedern des Ganzen; Assoziation der Kommunen zur nationalen Gesellschaft; Assoziation der Nationen in einer befriedet kooperierenden Welt; Vermittlung zur jeweils höheren Einheit durch von der Basis gewählte Delegierte.

So kann man sich die Ordnung vorstellen, in der die Bedingungen realer Freiheit zusammenfallen mit denen realer Gleichheit und Brüderlichkeit. Der Kommunismus ist nicht nur notwendig, er ist auch möglich. Ob er wirklich wird, das muß im Kampf um seine Bedingungen entschieden werden.

1973-1976

In der Gründungszeit der Grünen hatte die Dezentralität und der Gedanke von *Small Is Beautiful* - als Buch formuliert von EF Schumacher - einen hohen ideellen Stellenwert bei den Aktivisten. Den wenigsten Befürwortern der Dezentralität war dabei bewußt, daß dieses Ziel nur in einer marktwirtschaftlichen Ordnung ohne kapitalistische Vermachtung und mit privat-

rechtlich begründeten Föderationen zu erreichen ist. Wenn das anders gewesen wäre, hätten sich mehr Grüne Gedanken darüber gemacht, wie man die Marktwirtschaft zum runden Lauf bekommt und die Befürwortung der Marktwirtschaft nicht als ein Merkmal von ultrarechten Tendenzen bewertet. Heute haben die Grünen genauso wie die Mitglieder anderer Parteien ihr „Vergnügen“ an einem beliebig handhabbaren – aber nicht folgenlosen – Staatsinterventionismus, der einen anderen Weg in die Knechtschaft darstellt, als jenen, den der real untergegangene Sozialismus gegangen ist.

Vor längerer Zeit wurde mir mündlich berichtet, daß Sie die Vertreter der Freiwirtschaft¹⁸ innerhalb der Grünen als die Zinsknechte titulierte haben. Ich kann durchaus verstehen, daß sich einer abregieren muß, der in einer Sache, die er selber nicht durchschaut, mit Briefen und Anträgen auf Parteidelegiertenkonferenzen bombardiert wird. Die Themen Geld und Zins sind ja in der Tat komplex, so daß sie auch gutwillige und intelligente Bürger zur Verzweiflung bringen können. Wir können das ja in unseren Tagen an den Verlautbarungen und Diskussionen zu bzw. über die Themen Staatsverschuldung und Euro gut beobachten. Ohne eine Verschwörungstheorie zu bemühen, kann aber auch festgestellt werden, daß die Ursachen für die Verhinderung einer Klärung der Probleme nicht nur in der Unwilligkeit von Wirtschaftswissenschaftlern und im ideologischen Denken politischer Akteure liegen, sondern auch in Interessenlagen. Jene Kräfte, die eine Klärung für unvorteilhaft für sich halten, finanzieren lieber den Wahlkampf eines in Geldangelegenheiten blinden Kanzlerkandidaten, als einen einsichtigen, der ihnen ihren "Spaß" verderben könnte.

Da ich Sie in den Nachrichten schon mehrmals als Fürsprecher der Eurobonds gehört und erwähnt fand, habe ich mich nach einem Text umgesehen, wo ich Ihre Argumente nachschauen kann. In der OSTSEE-ZEITUNG vom 19. 8. 11 bin ich fündig geworden.

http://www.ostsee-zeitung.de/nachrichten/mv/index_artikel_komplett.phtml?SID=4f771e711ecc39651db4bfa306a18042¶m=news&id=3214875

Das Interview von Reinhard Zweigler mit Jürgen Trittin trägt die Überschrift

18 Die Freiwirtschaftslehre bietet das Instrumentarium, mit dem wir die Marktwirtschaft vom Kapitalismus befreien können. Die politische Zuordnung wird sicher unterschiedlich ausfallen, je nachdem ob sie ein Freiwirtschaftler vornimmt, der seine Ausgangsbasis als Libertärer, als Liberaler, als freiheitlicher Sozialist, als Christ oder in einer anderen ideellen Bindung hat. Es ist auch nicht zu verhindern, daß Menschen vom politischen rechten Rand sich der *Natürlichen Wirtschaftsordnung* bedienen. Für Gesell waren Menschen aller Nationen und Rassen gleichberechtigt. Darum wurde seine Lehre auch von den Nazis verboten. Für gläubige Marxisten muß diese Ökonomie-Schule aber wohl ein ständiger Angriff auf ihr Glaubensgebäude sein, weil sie immer wieder versuchen, durch Verleumdungen und Verdrehungen sie ins Abseits zu drängen. Das bürgerliche Lager war da klüger, sie versuchten die Freiwirtschaft mit Begriffen wie Kryptoökonomie und Patentrezepte, mit der Nichtbeachtung oder mit dem Hinweis, eine Beschäftigung mit ihr würde die Karriere gefährden, auf den Status des Unbedeutenden zu halten. In der DDR wurden Bautzen und Sibirien als die richtigen Orte für die Freunde der Freiwirtschaft, der *Natürlichen Wirtschaftsordnung* gehalten.

Trittin: Nicht die Grünen treibt Kandidatenfrage um, sondern die Union

Ich greife ein paar Passagen heraus, um sie anschließend zu kommentieren. Ich setze über die zitierten Passagen die Buchstaben a) bis k) um leichter Bezug darauf nehmen zu können:

a)

OZ: Was ist an den Euro-Bonds, wenn Deutschland infolge der damit verbundenen höheren Zinsen fast 40 Milliarden Euro mehr zahlen müsste?

Trittin: Gemeinsame Euro-Staatsanleihen hätten zwei Effekte: Erstens würden damit die Spekulationen gegen einzelne Euro-Länder aufhören. Die Krise in dieser Form wäre damit zu Ende. Zweitens führen Euro-Bonds mittelfristig auch zu einer Verteuerung von Krediten. Ich verstehe gar nicht, wieso sich die FDP so dagegen sträubt – ihre Wähler, die solche Staatsanleihen besitzen, bekämen höhere Zinsen.

b)

OZ: Es mag auch Grünen-Wähler mit Staatsanleihen im Depot geben.

Trittin: Mag sein. Aber wir müssen uns doch ernsthaft fragen, was die Alternative zu Euro-Anleihen ist. Die EU müsste den Rettungsschirm EFSF und künftig den ESM vergrößern. In der Folge würde Frankreich sein AAA-Rating verlieren. Das hieße, künftig würde nur noch Deutschland in relevantem Umfang in den Rettungsschirm einzahlen. Dass das billiger sein soll als Euro-Bonds, glaubt nur Philipp Rösler, der kann offensichtlich nicht rechnen.

c)

OZ: Dem Steuerzahler wäre es jedoch egal, ob er für den Rettungsschirm oder für Euro-Bonds nahezu unbegrenzt zur Kasse gebeten wird?

Trittin: Wir wollen keinen Freibrief für Euro-Bonds zur Deckung jedweder Staatsschulden. Europäische Staatsanleihen dürfen nur nach Maßgabe der Maastricht-Kriterien ausgegeben werden.

d)

OZ: Was würde ein grüner Bundeskanzler Jürgen Trittin anders machen als Angela Merkel?

Trittin: Wir hätten sehr viel früher den Weg in einen EU-Stabilitätsmechanismus eingeschlagen. Und wir hätten das getan, was im Fall der baltischen Länder und Ungarns getan wurde. Dort wurden Euro-Bonds aufgenommen, und dort ist die Krise weitgehend überstanden. Wir hätten die Wirtschaftspolitik für die Euro-Länder bei der EU-Kommission angesiedelt. Wir brauchen mehr politische Union und weniger Zögerlichkeit.

...

e)

OZ: Bislang wurden die Grünen im Schweriner Landtag nicht gebraucht. Warum sollte sich das am 4. September ändern, wofür stehen die Grünen im Nordosten?

Trittin: Wir stehen für 26 000 neue, zukunftssichere Arbeitsplätze, die im

Zuge der Energiewende sowie im Gesundheits- und Bildungsbereich entstehen. Wir wollen Schluss machen mit den doppeldeutigen Botschaften der Landesregierung, die in Sonntagsreden die Erneuerbaren Energien unterstützt, während ihre Landräte vor Ort sie gleichzeitig blockieren.

f)

OZ: Gerade beim Ausbau erneuerbarer Energien klemmt im Moment die Säge. Nordex und andere Unternehmen entlassen Mitarbeiter, weil Aufträge fehlen?

Trittin: Das hat leider auch damit zu tun, dass Landräte vor Ort die Erneuerbaren Energien nicht klar und eindeutig voranbringen.

g)

OZ: Sind die Grünen nicht eine reine Dagegen-Partei, gegen Kernkraft, gegen neue Kraftwerke, gegen neue Stromtrassen, gegen das atomare Zwischenlager Lubmin?

Trittin: Im Gegenteil: Die Grünen sind die Dafür-Partei schlechthin. Wir haben zusammen mit der Anti-Atom-Bewegung und den Umweltverbänden dafür gesorgt, dass Angela Merkel acht alte Atomkraftwerke stilllegen musste. Wir haben mit dafür gesorgt, dass durch das Erneuerbare-Energien-Gesetz inzwischen so viel grüner Strom ins Netz eingespeist wird, dass der überschüssige Atomstrom – den wir vorher exportiert haben - vom Netz gehen konnte, ohne dass ein einziges Licht ausging.

h)

OZ: Sie haben 2005 selbst ein Gesetz zum schnelleren Bau neuer Stromtrassen vorgelegt. Dann müssten sie nun jubeln, weil auch Schwarz-Gelb dies tut?

Trittin: Ich würde vielleicht jubeln, wenn Schwarz-Gelb nicht einen wesentlichen Teil meines Gesetzentwurfes weggelassen hätte – ausgerechnet den, in dem stand, dass Bürger nicht unter Stromleitungen wohnen müssen. Dort sollen die Trassen unter der Erde verlegt werden.

i)

OZ: Was die Kosten für die Leitungen verdreifacht und obendrein die Bürger erheblicher elektromagnetischer Strahlung aus dem Boden aussetzt.

Trittin: Die Notwendigkeit neuer Stromtrassen wird doch von niemandem ernsthaft bezweifelt. Wir müssen nun einen Kompromiss finden zwischen dieser Notwendigkeit und den berechtigten Interessen der Menschen, die vom Bau neuer Leitungen betroffen sind. Mit den angeblich so viel höheren Kosten wird auch viel Panikmache betrieben. Dänemark zum Beispiel verlegt seine Stromkabel komplett unter die Erde. Das verlangen wir ja gar nicht, wir suchen sinnvolle Lösungen, um zu vermeiden, dass Menschen beeinträchtigt werden.

i)

OZ: Stromkunden in MV werden durch höhere Netzgebühren stärker zur Kasse gebeten als anderswo. Ist das gerecht?

Trittin: Nein. Wir Grüne sind dafür, dass die zusätzlichen Netzkosten, die etwa für die Erschließung von Windparks anfallen, auf die bundesweite

Einspeisevergütung umgelegt werden.

j)

OZ: Ist es sinnvoll, dass der Bund die Planung von großen Stromtrassen in die eigene Hand nimmt?

Trittin: Ich halte den gefundenen Kompromiss zwischen Bund und Ländern für vertretbar. Allerdings wollen die Grünen allgemein ein anderes Planungsrecht.

k)

OZ: Sie wollen noch mehr Bürgerbeteiligung, was viele im Grunde als ein Verhinderungsrecht für neue Infrastrukturprojekte interpretieren?

Trittin: Ganz falsch. Bessere Bürgerbeteiligung verhindert oder verlangsamt nicht, sondern beschleunigt Planungsverfahren und erhöht die Akzeptanz von Infrastrukturprojekten. Wir Grüne wollen ein anderes Genehmigungsrecht. Künftig sollen zuerst die betroffenen Bürger und Parlamente entscheiden, ob ein geplantes Projekt überhaupt sinnvoll ist. Erst dann kommt die formale Genehmigung durch die Planungsbehörde. In der Schweiz wird genau dies praktiziert mit dem Ergebnis, dass die Planungen und Umsetzungen schneller gehen – wie man am Beispiel des größten Tunnels durch die Alpen sehen kann.

(Auszüge Interview Ende)

Sehr geehrter Herr Trittin, wenn Ihre Aussagen wirklich aus dem Stand mündlich formuliert sind und keine schriftlichen Antworten auf vorher eingereichte Fragen sind, muß ich Ihnen ein großes Kompliment dafür machen, daß Sie Ihre Vorstellungen kurz und klar formulieren konnten. Ich wäre dazu nicht im Stande. Wo Sie meine volle Zustimmung haben, ist Ihre Aussage unter k). Es bleibt aber genug zu kritisieren. Diese Kritik verstehen Sie bitte nicht als persönlichen Angriff auf Ihre Person. Die Ursachen für die Differenzen in der Betrachtungsweise liegen in den Mängeln der politischen und ökonomischen Kommunikation und zwar trotz hoch entwickelter technischer Kommunikationstechnik.

Dieser Mangel in der Kommunikation verfälscht schon die Ausgangslage der Debatte. Es wird davon ausgegangen, daß die Zahlungsunfähigkeit eines Staates die Euro-Währung zerstören könnte, das ist aber - wenn die Regeln für die Zentralbank stimmen - genauso wenig der Fall, als wenn ein großer Konzern pleite macht. Natürlich würde ein Staatskonkurs Gläubiger in Bedrängnis bringen und vielleicht anschließend in den Konkurs treiben, so wie wir es häufig bei Zulieferern von großen Unternehmen erleben, wenn diese zahlungsunfähig werden und die offenen Rechnungen nicht mehr begleichen. Aber in beiden Fällen würde die Währung nicht gefährdet, jetzt nicht und schon lange nicht nach den notwendigen Reformen, die auch

von den Grünen bisher verhindert wurden. Aber durch Fehlinformationen werden die Bereiche der Fiskalpolitik und die der Währung zusammengezogen und das Unheil durch die Verwirrung nimmt seinen Lauf. Hier liegt aber auch die Gefahr politisch-krimineller Manipulationen. Stellen wir uns vor, ein paar einflußreiche Politiker haben ihre finanziellen Belange - oder die ihrer Klientel - mit einer großen Bank verknüpft. Ein Mitglied des Bankvorstandes offenbart diesen Politikern bei einem "freundschaftlichen" Gespräch, daß sie - die Bank - in Konkurs gehen würde, wenn ihr großer Anteil an die gefährdeten Anleihen eines bestimmten Staates, dem die Zahlungsunfähigkeit droht, ihren Wert verlieren würden. Es läge also im Interesse des Gesprächspartners, daß er für Abhilfe Sorge. In einer solchen Situation würde höchstens einer von hundert Politikern für den Konkurs des (selbst-)verschuldeten Staates plädieren. Die Vorstellung von der Gefährdung des Euro ist hier doch willkommen, um eine "sozialistische" Haftung der Nichtbetroffenen zu konstruieren und zu erzwingen. Die Neigung, nicht nur das Wort Werbung sondern auch jenes das in der Buchstabenfolge *Politik* geschrieben wird, mit Lüge gleichzusetzen, würde mal wieder voll gerechtfertigt.

Nun zu Ihren Aussagen:

Zu a): Eurobonds mögen Attacken auf einzelne Euroländer verhindern, nicht aber auf den Euro insgesamt, solange nicht die Ursachen jenes Teils der Spekulation behoben sind, der als schädlich eingestuft werden kann.

Die Ursachen:

- Eine Ursache liegt in der heutigen Konstruktion der Notenbankpolitik, die immer wieder versucht, durch Interventionen in den Devisenmärkten die Wechselkurse zu glätten und zu stabilisieren und gerade dadurch eine gute Vorlage für die Spekulation gibt.

- Eine weitere Ursache liegt darin, daß die Haltung von kurzfristigem Kapital (Giralgeld genannt) zu billig ist.¹⁹ Durch eine Umlaufsicherung des Bargeldes würde diese Haltung verteuert und die Neigung in längerfristige - nicht spekulative - Anlagen verstärkt. Die Maßnahme wäre wirksamer als eine Transaktionssteuer auf Börsenumsätze und hätte eine große Wirkung sowohl auf die Beschäftigung wie auch auf die Verteilung.

- Daß das Kapital bei einer als zu niedrig empfundenen Verzinsung in seine liquideste

¹⁹ Es wird vorwiegend mit Forderungen auf Geld, "Giralgeld" genannt und nicht mit (Bar-)Geld spekuliert.

< spekulative > Form drängt, wissen wir nicht nur seit Gesell und Keynes, sondern kann unmittelbar im Marktgeschehen beobachtet werden. Wenn dann aber Ansprüche auf Güter im Markt in Form von (Bar-)Geld gehortet werden, um mit einem spekulativen Geschäft eine höhere Verzinsung zu erwirken, kommt es noch schneller zum Ausfall von Teilen der Nachfrage und damit zu den bekannten Erscheinungen von Arbeitslosigkeit und steigender Anzahl von Konkursen.

- Selbstverständlich spielt im spekulativen Geschehen auch die - nicht durch Leistung gerechtfertigte - Ungleichverteilung der Vermögen und Einkommen eine Rolle. Ein Kleinanleger, dem es weh tut, wenn er 1000 oder 10.000 Euro verliert, disponiert viel vorsichtiger, als einer, der eine Million vergeigt und das nur als eine andere Zahl in seinen Büchern wahrnimmt.

- Und letztlich spielt auch die Psychologie eine Rolle, nämlich dann, wenn es die Regierungen und die Notenbanken schaffen, den Marktteilnehmer - seien es professionelle Anleger oder Kleinanleger - in Panik zu versetzen und diese glauben, über die Börse noch am meisten von ihrem Vermögen retten zu können. Wenn die Notenbanken ohne Rücksicht auf die erforderliche für die Preisniveaustabilität notwendige Geldmenge zusätzliches Geld durch Ankauf maroder Schuldtitel in den Verkehr gibt, ist das ein unsicher machender Faktor. Die Preisniveaustabilität wird nicht von der ausgegebenen Geldmenge sondern von der umlaufenden Geldmenge - im Verhältnis zu der im Markt befindlichen Gütern - bestimmt. Die Notenbanken wissen heute aber nicht, wieviel Geld umläuft. Die ausgegebene Geldmenge sowohl der EZB wie auch der Fed reichen - wenn sie durch weitere Verunsicherung in Bewegung geraten - aus, um starke Inflationen auszulösen. Die Kritik unseres Bundespräsidenten Wulff an den Ankauf von Schuldtiteln durch die EZB ist voll berechtigt.

Bei den Eurobonds ist aber noch etwas anderes zu beachten. Wenn sie neben den Schuldtiteln der Einzelstaaten laufen sollen, werden sich weiterhin differenzierte Zinssätze auf dem Kapitalmarkt einstellen. Sollen sich aber alle beteiligten Staaten (natürlich neben den Steuern) über die Eurobonds finanzieren, dann erfordert das Zuteilungsquoten und diese erfordern Institutionen, die die Zuteilung vornehmen. Es wird einen weiteren Schub für die Bürokratisierung und Konflikte in Europa geben und die nationalen Parlamente werden weiter abgewertet. Das kann nur Fiskalisten freuen, die nicht den Zentralismus aus ihren Köpfen bekommen. Und was nützen Schuldenbremsen in den Verfassungen der Mitgliedsstaaten? Wenn die Par-

teien, die um Macht und Einfluß fürchten und daher nicht ihre Wahl-Wohltätigkeiten über die Steuern finanzieren mögen, werden nicht verlegen sein, Notstände zu konstruieren, in der die Verfassungsnorm, die sich auf die Schulden bezieht, keine Gültigkeit hat.

Zu b)

Ich stelle gerade fest, daß ich mich nicht ganz an die Gesprächsgliederung des Interviews halten kann. Ich muß hier einen Rückgriff auf a) machen. Die OZ fragt: "Was ist so toll an Euro-Bonds, wenn Deutschland infolge der damit verbundenen höheren Zinsen 40 Milliarden Euro mehr zahlen müßte." Ihrer Antwort ist zu entnehmen, daß Sie eine Verteuerung der Kredite willkommen heißen und die FDP sich freuen solle, "ihre Wähler, die solche Staatsanleihen besitzen, bekämen höhere Zinsen". Ich hoffe für Sie, daß Ihnen so ein Unsinn nicht noch einmal über die Lippen kommt. 1. Die zusätzlichen 40 Milliarden Euro (die Zahl kann ich hier nicht überprüfen) müßten über zusätzliche Steuern oder durch zusätzliche Verschuldung finanziert werden. 2. Die Zinsen, die die einen bekommen, müssen die anderen von ihrem Arbeitseinkommen abzwacken. 3. Gerade wegen der Wende in der Energiepolitik und der Unterbeschäftigung sind die Unternehmen auf ein niedriges Zinsniveau angewiesen. (Subventionen sind in der Regel direkte oder indirekte Zinsgeschenke.) 4. Die Euro-Bonds werden das Zinsniveau insgesamt heben und das beschleunigt die Zinspumpe, die Einkommen von Kassen mit Bedarf in Kassen ohne Bedarf (von Arm nach Reich) pumpt. Da der Markt für Schuldtitel des Staates nicht isoliert ist, muß mit der Einführung der Euro-Bonds für Deutschland mit einem Steigen des Zinsniveaus insgesamt gerechnet werden. Da ich im Moment keine Zahlen für das ganze zu verzinsende Geldvermögen parat hatte, habe ich bei Helmut Creutz telefonisch nachgefragt. Er ist ist oder war ein Grüner und Landtagskandidat, der die Partei in den Anfängen mit angeschoben hat und sich intensiv mit den Geld-Problemen und den Umverteilungen durch den Zins beschäftigt hat. (Siehe: <http://www.helmut-creutz.de/grafiken.htm>) Er beziffert für Ende 2010 die Höhe des Geldvermögens in Deutschland (also nicht eingeschlossen das verzinsliche Sachvermögen) mit 8.997 Milliarden. Das bedeutet, daß die Zinspumpe bei einer Steigerung des Zinsniveaus um einen Prozentpunkt eine zusätzliche Umverteilung von 89. Milliarden € schafft. Zu viele Menschen haben ja immer noch die Vorstellung, daß nur die Schuldner Zinsen zahlen, das ist ein Irrtum. Die Zinsen werden als Kosten in alle Preise eingerechnet und betragen mehr als ein Drittel des Nettoeinkommens der Bürger, auch der Hartz-IV-Empfänger. Nutznießer der Saldierung zwischen Soll- und Habenzinsen sind höchstens 10 % der Bürger.

Vordergründig wäre im Hinblick auf die Sparer eine Zinsniveau-Erhöhung vorteilhaft, weil die jetzigen Zinssätze den legalen Diebstahl der EZB in Form des Inflationsverlustes nicht ausgleicht. Den Preis für einen Ausgleich über einen höheren Zins hätten die Sparer zuletzt - wegen der oben genannten Gründe - aber selbst zu bezahlen.

Zu d)

Ihre Aussage: "Wir hätten sehr viel früher den Weg in einen EU-Stabilitätsmechanismus eingeschlagen.", mag stimmen in Bezug auf aktuelle Stellungnahmen, man könnte sie aber als Lüge - milder ausgedrückt: als Irrtum - abtun, wenn man die mehrheitliche Haltung der Grünen seit der Gründung der Partei betrachtet. Ich tue es aber nicht. Das Anliegen der Stabilität der Währung - erst der Deutschen Mark und danach des Euro - haben die freiwirtschaftlichen Grünen schon vor der Parteigründung vertreten, auch als die Grünen insgesamt dem noch keine Bedeutung beimaßen und so getan wurde, als würden wir kalten Kaffee anbieten. Aber ich muß zugeben, wir konnten uns nicht deutlich genug artikulieren und konnten dann, als wir von der Entwicklung der Partei auf den Status von Randfiguren gemacht wurden, auch nicht mehr gehört werden. Ich werte Ihre Aussagen als Ausdruck dafür, daß Sie ein Problem erkannt haben und guten Willens sind, es zu lösen. Ihr Erfolg hängt aber davon ab, welche Berater Sie wählen. Unsere Riege, die in der Gründungszeit sehr aktiv war, hat sich durch Tod, Resignation fast aufgelöst. Der Rest ist zu alt geworden. Ich selbst bin auch aus der Partei ausgetreten und nur noch Sympathisant des Ortsverbandes. (Siehe den Text: 75.1 "Mein Abschied von den Grünen")

Zu e)

Ich bin nicht so schnell mit meinem Text vorangekommen, wie ich beim Start dachte. Wir haben heute, Samstag den 27. August. Der Vorteil von Unterbrechungen ist, daß man noch zusätzliche Informationen in seinen Gedankengang einbauen kann. Ich bin bei Ihrer Aussage:

"Wir stehen für 26000 neue, zukunftssichere Arbeitsplätze, die im Zuge der Energiewende sowie im Gesundheits- und Bildungsbereich entstehen."

Mich interessiert hier nicht, ob die Zahl im Hinblick auf die Region, wo sie entstehen sollen realistisch ist oder nicht, sondern "**zukunftssichere Arbeitsplätze im Zuge der Energiewende sowie im Gesundheits- und Bildungsbereich**". Das Versprechen, durch die Energiewende Arbeitsplätze zu schaffen, tragen die Grünen offen und penetrant vor sich her, so wie die SPD die Parole durch Rüstung Arbeitsplätze zu sichern, heimlich durch die Jahrzehnte trägt, nur

mit Rücksicht auf die pazifistischen Stimmensammler zurückhaltend, gedämpft. In beiden Bereichen können nur deshalb Erfolge - wenn auch fragwürdige - vorgewiesen werden, weil die parlamentarisch inspirierte Staatsbürokratie hier die Chance hat, planwirtschaftlich in den Marktprozeß einzugreifen. Weil die Marktwirtschaft nicht als ein sich selbststeuerndes System verstanden wird - werden die Defekte im System nicht behoben, sondern diese Wirtschaftsform wird immer weiter durch systemwidrige Eingriffe der Zentralverwaltungswirtschaft angepaßt. Ist das nicht ein Satz, der den (neuen) Neoliberalen recht geben soll? Nein! Auch wenn deren Ausgangsthese etwas für sich hatte, nämlich, daß es besser sei, der Staat würde in die Wirtschaft gar nicht eingreifen als ständig, von Fall zu Fall ohne Rücksicht auf die Wechselwirkungen. Die Neoliberalen haben einfach übersehen - oder den Tatbestand als nebensächlich betrachtet -, daß zwar die Marktwirtschaft ein sich selbststeuerndes System ist, aber keinesfalls ein Naturprodukt. Wenn ich auch viel Sympathie für libertäres Gedankengut habe, aber ohne die Mitwirkung einer nationalen oder internationalen Organisation, wie sie der Staat darstellt, ist eine entwickelte Marktwirtschaft nicht möglich und ohne Marktwirtschaft schrumpft die Freiheit des Bürgers auf ein Minimum. Es kommt also auf die richtigen Normen an, die der Staat setzen, und auf die richtigen Instrumente, die er schaffen muß. Zum Beispiel ist eine Marktwirtschaft nicht ohne Privateigentum - wegen des damit verbundenen Verfügungsrechtes - denkbar. Aber mit dieser Aussage ist noch nicht geklärt, welche Güter die Voraussetzungen in sich tragen, Privateigentum zu sein und welche nicht. Die gedanklichen Nachlässigkeiten in Bezug auf diese zu klärenden Fragen, sowohl in der Wissenschaft wie auch in der Politik, fesseln die Gesellschaften in einem elendigen und - gemessen an den Möglichkeiten - unwürdigen Zustand.

Mit der Begründung, Arbeitsplätze zu schaffen wird heute auch viel Fragwürdiges begründet. Ich habe vor Jahren schon ironisch angemerkt, alle Gesetze, die fleißigen Parlamente im Laufe der Zeit beschlossen und aus der Monarchie und Nazi-Diktatur übernommen haben, konsequent anzuwenden, dann könnte man die Hälfte der Bevölkerung einsperren und die andere Hälfte als Gefängniswärter beschäftigen. Man müßte nur noch Nachbarstaaten animieren, die Versorgung zu übernehmen. Das hätte den Vorteil, daß die dann auch die Arbeitslosigkeit los wären.

Wenn ein Politiker Arbeitsplätze im Gesundheitsbereich verspricht, dann muß er auch eingestehen, das der Gesundheitsbereich heute eine Krankheitsindustrie ist, in der alle ihre Ansprüche anmelden und Bedingungen formulieren dürfen, nur nicht die Menschen, die als Leidende

das System zu ertragen und die Kosten aufzubringen haben.²⁰ Die Parlamente sind auch hier von einer ordnungspolitischen Blindheit geschlagen oder Verwalter von selbstgeschaffenen Sachzwängen, die ein Handeln entsprechend ihrer Einsicht unmöglich macht. Und ich will Sie auch hier auf den Zinsfaktor stoßen: Lassen Sie doch einfach mal vom wissenschaftlichen Dienst des Bundestages ermitteln, wieviel Kapital im Gesundheitsbereich - Gebäude, Ausstattung, Fahrzeuge - gebunden ist, wie hoch die durchschnittliche Verzinsung ist, welche Summe dabei herauskommt und welche Ersparnis die Senkung des Zinsniveaus um einen Prozentpunkt bringen würde. Parallel dazu sollte dann noch untersucht werden, wie stark Steuerlast, die das Gesundheitswesen zu tragen hat, die Kostensituation in diesem Bereich mitbestimmt.

Die Bildung ist wichtig, sowohl individuell für die Gestaltung und Bewältigung des Lebens, wie auch als Basis des demokratischen Bürgers. Die Bildung ist auch für eine Gesellschaft mit hoher technischer und differenzierter Produktion wichtig. Nur ist eine Volkswirtschaft auf einer hohen technischen und organisatorischen Stufe keine Garantie für eine Vollbeschäftigung. Die Arbeitslosenstatistik und auch die Hochschulabgänger in Warteschleifen beweisen es. Aber auch wenn die Bildung unmittelbar mit der Arbeitslosigkeit zusammen hängen würde, bleibt die Frage offen, in welchen Zusammenhängen und in welchem Bildungssystem Arbeitsplätze geschaffen werden sollen. Es wird hier in Bezug auf die Menschen gerne von Emanzipation, Selbstbestimmung und Entfaltung gesprochen. Mein Eindruck ist aber, daß es einerseits mehr um die Entwicklung von anpassungsfähigen menschlichen Automaten für den Produktionsprozeß geht und andererseits um die Herrschaft der Mächtigen über die Inhalte in den Köpfen der Menschen. Wenn ich mir unsere Bildungswirklichkeit und die Programme der Parteien ansehe, dann komme ich nicht umhin zu urteilen, daß das Faschistische oder Kommunistische (im umgangssprachlichen Sinn) in unserer Bildungslandschaft von den Mitgliedern der Parlamente und Parteien, die sich als Demokraten verstehen, übersehen wird. Eltern und Kinder, die sich unserem Zwangsbildungssystem nicht aussetzen wollen, werden mit Bußgeldern und sogar mit Gefängnisstrafe bedroht. Nichts beweist mehr, daß die Rede von der freiheitlich demokratischen Grundordnung (FDGO) eine Verschleierungsideologie ist, als dieser Tatbestand.

Ich komme zum Verhältnis zwischen der Energie und der Beschäftigung. Vorweg: Am 26. August waren in der HAZ folgenden Schlagzeilen zu lesen:

²⁰ Dass das System und die darin beschäftigten Menschen trotzdem Gutes bewirken, durfte ich am eigenen Leibe erfahren. Ich kritisiere hier nicht Heilverfahren und Heiler, sondern die ökonomischen Bedingungen.

60-Watt-Glühbirne wird verbannt / EU-weites Herstellungs- und Vertriebsverbot gilt vom 1. September an.

Wer in sich ein wenig das Gespür für die Bedingungen der Freiheit und die Funktionsweisen der Marktwirtschaft entwickelt hat, wird verstehen, wenn ich sage, die Glühbirne ist ein weiteres Indiz dafür, daß die Politik in Europa mit Brüssel das Moskau aus der Sowjetzeit übertrumpfen will.²¹ Die EU-Bürokratie hat die Frage außer Acht gelassen, ob die alternativen Leuchtmittel einen höheren Gefährdungsgrad der Nutzer haben als die Glühbirne. Wenn mit den Glühbirnen ein knappes Gut, die elektrische Energie, verschwendet wird und energiesparende Alternativen nicht aus Eigeninteresse der Nutzer genügend eingesetzt wurden und werden, dann zeigt das nur wieder, daß unsere Marktwirtschaft fehlerhaft installiert wurde. Im konkreten Fall der Verschwendung eines knappen Gutes zeigt sich, daß entweder der Energiepreis zu tief ist oder daß die Produzenten (und Händler) bei den patentgeschützten Alternativen den Kostenvorteil durch geringeren Stromverbrauch mit dem verlangten Preis zu hoch abschöpfen. Hier wäre das Patentrecht und ein mangelnder Wettbewerb als Verursacher zu untersuchen.

Es ist gar nicht zu leugnen, daß eine neue Technik oder Produktionsweise mit neuen Produkten auch mit der Bildung neuer Arbeitsplätze verbunden ist. Ob dadurch die Zahl der Arbeitsplätze steigt hängt ja davon ab, ob dadurch andere Arbeitsplätze abgebaut werden müssen. Grundsätzlich ist es falsch, eine neue Technik abzulehnen, weil befürchtet wird, daß die anfallende Arbeit dadurch verringert werden könnte. Meistens ist es wohl so, daß jede neue Technik, jedes neue Verfahren die Arbeit nur umverlagert. Aber wenn gesellschaftlich notwendige Erwerbsarbeit im Volumen eingeschränkt werden kann, warum wird das als Bedrohung empfunden und warum drückt sich das nicht in einer kürzeren Erwerbsarbeitszeit pro Kopf aus? Die kürzere Erwerbsarbeitszeit ermöglicht die Muße, die der Mensch braucht, um sich selbst und vor allem Demokrat zu sein. Die erzeugte freie Zeit durch erzwungene Arbeitslosigkeit hat aber nicht den Charakter der Muße, sondern produziert eher das Gefühl der Nutzlosigkeit. Paul Lafargue, der Schwiegersohn von Karl Marx beschreibt das Erfordernis der Muße in seiner Schrift "Das Recht auf Faulheit - Widerlegung des 'Rechts auf Arbeit' von 1848". Ich wollte nun Oswald von Nell-Breuning aus dem Buch "Den Kapitalismus umbie-

²¹ Eine Unterstützung dieser Politik könnten noch entsprechende Plakate wie in der Nazi-Zeit liefern: "Achtung der Kohlenklau geht um!" (Oder so ähnlich.) Bildlich unterstützt wurde die Aussage mit einer dunklen Gestalt, die einen Kohlensack auf dem Rücken trug. Die Deutschen sollten damit ermahnt werden, sparsam mit der Energie umzugehen. Ein gleiches und berechtigtes Anliegen treibt ja auch die EU-Bürokratie mit ihrem Glühbirnen-Verbot um. Man kann nicht häufig genug darauf hinweisen, daß das gute Wollen - wen es mit falschen Mittel angestrebt wird - fatale Wirkungen haben kann.

gen" zitieren, wo er davon spricht, daß aus technischen Gründen die Erwerbsarbeit pro Woche auf wenige Stunden reduziert werden könnte. Ich finde die Stelle nicht. Habe aber eine interessante Passage gefunden, die ich später bringe.

Nicht nur die Grünen sehen einen Zusammenhang von Arbeit und Energie, sondern auch die Freidemokraten - wenn auch in verschiedener Weise. Aus der Beobachtung, daß bei einem hohen Beschäftigungsgrad mehr Energie verbraucht wird als bei einem niedrigen, wurde der Fehlschluß gezogen, wenn wir mehr Energie (z.B. durch Atomkraftwerke) produzieren, haben wir weniger Arbeitslose. Ich habe daraufhin im September 1977 für den Landesfachausschuß für Wirtschaft der niedersächsischen FDP einen "Denk-Zettel zur Energiepolitik" mit 18 Punkten geschrieben.²² Unter Punkt 8 vermerke ich in kurzer Form: "Prinzipiell ist auch eine Vollbeschäftigung bei Kerzenlicht möglich." Das liegt daran, daß zwar eine hochtechnisierte Volkswirtschaft mit hohem Energieverbrauch leistungsfähiger ist als eine auf einer technisch niedrigeren Stufe mit geringeren Energieverbrauch, aber die Vollbeschäftigung hängt davon nicht ab. Die Vollbeschäftigung hängt vielmehr davon ab, daß die Märkte geräumt werden.²³ Das Sayschen Theorem lautet:

Jedes Angebot schafft sich seine Nachfrage selbst.

Say schrieb 1803 in seinem Werk *Traité d'economie politique*:

Wenn der Produzent die Arbeit an seinem Produkt beendet hat, ist er höchst bestrebt es sofort zu verkaufen, damit der Produktwert nicht sinkt. Nicht weniger bestrebt ist er, das daraus eingesetzte Geld zu verwenden, denn dessen Wert sinkt möglicherweise ebenfalls. Da die einzige Einsatzmöglichkeit für das Geld der Kauf anderer Produkte ist, öffnen die Umstände der Erschaffung eines Produktes einen Weg für andere Produkte

http://de.wikipedia.org/wiki/Saysches_Theorem

Silvio Gesell und nach ihm John Maynard Keynes fanden heraus, daß das Geld sich nicht immer so verhält wie Jean-Baptiste Say es beschrieben hatte. Dem Geld haftet die Fähigkeit an, seinen Dienst als Markträumer zu verweigern, in die Horte auszuweichen (Gesell) in die Liquiditätsfalle zu geraten (Keynes). Die fatale Entwicklung der Ökonomie seit Anfang des vorigen Jahrhunderts liegt darin begründet, daß dem Außenseiter der Ökonomie, Gesell, diese Er-

²² Am Ende vermerke ich wo dieser Text auf meiner Internetseite zu finden ist.

²³ Darin liegt durchaus ein Trost, denn wenn wir alle Volkswirtschaften zu jenem Stand aufrüsten müssen, in dem sich unsere, die der USA, China und andere sich schon befinden, um alle Mensch in Arbeit und Brot zu bringen, stünde es um die ökologischen Probleme noch schlimmer.

kenntnis nicht abgenommen wurde und Keynes glaubte, eine elegantere Lösung, die auf weniger politischen Widerstand stoßen würde, gefunden zu haben. Keynes Lösung führte aber in die Stagflation und in die Staatverschuldung. Die Neoliberalen der Chicagoer Schule (http://de.wikipedia.org/wiki/Chicagoer_Schule) hätte vermutlich nicht der jetzigen Form Wirkungen erzielen sich durchsetzen können, wie nach dem Scheitern des Keynesianismus in der praktizierten Form, wenn die Wirtschaftswissenschaft die Erkenntnisse der Freiwirtschaftsschule nicht nur vereinzelt zur Kenntnis genommen hätte.

Milton Friedman, der den Nobelpreis für Ökonomie für die Wiedereinführung der Quantitätstheorie in Volkswirtschaftslehre erhalten hat, ist ja bei vielen in Mißkredit geraten. Ich finde zu Unrecht. Da wo seine Meinung irrig war, hätte er ja rechtzeitig von den Hundertschaften seiner Kollegen korrigiert werden können, wenn diese den besseren Durchblick gehabt hätten. Ich bringe zwei Zitate von Friedman aus seinem Buch *Kapitalismus und Freiheit*, 1971:

Die Kontrolle über das Geld

...

Eine Machtverteilung wird auf dem Gebiet des Geldwesens zu einem besonders schwierigen Problem. Man ist sich weitgehend einig, daß die Regierung in monetären Angelegenheiten gewisse Verantwortung haben muß. Ebenso erkennt man weitgehend an, daß die Kontrolle über das Geldwesen ein mächtiges Werkzeug zur Kontrolle und Gestaltung der Wirtschaft sein kann. Lenins berühmter Ausspruch, der wirksamste Weg, eine Gesellschaft zu zerstören, sei, sein Geldwesen zu ruinieren, dramatisiert diese Macht. Schlichter gesagt: Seit undenklichen Zeiten haben die Herrschenden, im Besitz der Kontrolle über das Geldwesen, der Bevölkerung schwere Steuerlasten auferlegt, meist ohne die Zustimmung der Legislative, falls es überhaupt eine gab. Das gilt für die frühen Zeiten, als die Herrscher den Feingehalt der Münzen beschnitten und dabei schon zu ähnlichen Hilfsmitteln wie unsere Zeit griffen, mit ihren verfeinerten, modernen Techniken, die Notenpresse anzukurbeln oder Eintragungen in den Büchern der Notenbank zu ändern. Das Problem liegt darin, institutionelle Vorkehrungen zu treffen, die die Regierung befähigen, für das Geldwesen die Verantwortung zu tragen, die jedoch gleichzeitig die der Regierung damit zugewachsene Macht in Grenzen halten und verhindern, daß sie genutzt wird, um die freie Gesellschaft zu schwächen, anstatt sie zu stärken. (Seite 64)

Die Bedeutung internationaler
Währungsabkommen für die
wirtschaftliche Freiheit

Trotz seines technischen Charakters und seiner furchterregenden Verzweigtheit ist das Thema internationaler Währungsbeziehungen so wichtig, daß ein Liberaler es sich nicht leisten kann, nichts darüber zu wissen. Es ist nicht zuviel gesagt, wenn man die ernsteste Bedrohung der Freiheit der Wirtschaft in den Vereinigten Staaten heute - natürlich abgesehen von dem Ausbruch eines dritten Weltkrieges - in der Möglichkeit sieht, daß wir weitreichende Wirtschaftskontrollen einführen, um die Probleme des Zahlungsbilanzgleichgewichts zu »lösen«. Einmischungen in den internationalen Handel erscheinen zunächst harmlos; sie können die Unterstützung selbst der Leute finden, die sich sonst gegen jede Einmischung der Regierung in wirtschaftliche Angelegenheiten wehren; mancher Geschäftsmann betrachtet sie sogar als Teil des »American Way of Life«; dennoch gibt es kaum andere Einmischungsmöglichkeiten, die

-82-

sich so schnell ausbreiten und sich schließlich für die freie Wirtschaft so zerstörend auswirken können. Es ist durch Erfahrung bewiesen: Der beste Weg, eine Marktwirtschaft in eine autoritäre Wirtschaft umzuwandeln, ist die Einführung direkter Kontrollen des Umtauschs fremder Währungen. Dieser eine Schritt führt unausweichlich zur Rationierung der Importe, zur Kontrolle einheimischer Produktion, die importierte Produkte benutzt oder Ersatzwaren für Importe herstellt, usw., alles in einer unendlichen Spirale. Aber selbst ein so standhafter Verfechter des freien Unternehmertums wie Senator Barry Goldwater hat zuweilen bei der Diskussion des sogenannten »Goldflusses« vorgeschlagen, Restriktionen für Transaktionen in ausländischer Währung könnten als eine »Kur« notwendig werden. Diese »Kur« wäre unendlich viel schlimmer als die Krankheit selbst.

Friedman war es denn wohl auch, der den Gedanken auf den Weg brachte, die jährliche Geldmenge einfach kontinuierlich in Höhe des erwarteten Wirtschaftswachstums zu vermehren. Es war aber schon zu dem Zeitpunkt, als sich die Geldpolitik an diesen Gedanken orientierte, einsehbar, daß das weder die Probleme in Bezug auf die Konjunktur, der Verteilung und der Stabilität lösen konnte. Hinzu kommt, daß eine völlige Unklarheit darüber herrscht, was denn nun Geld ist. Sowohl die Lehre wie auch die Notenbankpolitik addieren Geld und Forderungen auf Geld (kurzfristiges Kapital oder Girogeld) zu einer Einheit zusammen. Diese Frage wirkt wie ein geistiges Gift selbst in die Freiwirtschaft hinein.

Seit der Finanzkrise ist man wieder zu Keynes zurückgekehrt, ohne es zuzugeben. Die brachliegende Nachfrage versucht man teils durch eine weitere Staatsverschuldung (mit dem Effekt

der Zinsbelastung der Steuerzahler) und teils mit zusätzlichen Schüben von zusätzlichem Geld, das die Notenbanken in den Verkehr geben, zu ersetzen. Das brachliegende Geld repräsentiert aber legitime Ansprüche auf Güter im Markt, das zusätzliche Geld nicht. Was die Notenbanken hier machen ist ein Betrug, wie jener der Geldfälscher. Warum man die einen – wenn sie erwischt werden – einsperrt und die anderen, die von vornherein bekannt sind, Orden umhängt, ist nur mit der Verwirrung in der Geldtheorie und -politik zu erklären. Schauen wir uns die nachfolgenden Auszüge der Meldung „Bernanke wartet weiter ab“ aus der HAZ vom 27. August 2011 an. Es heißt dort:

Jackson Hole (dpa). US-Notenbankchef Ben Bernanke will die schlappe amerikanische Konjunktur notfalls erneut geldpolitisch stützen - noch sieht er die Zeit dafür aber nicht gekommen. Die Zentralbank (Fed) wolle zunächst kommende Wirtschaftsdaten abwarten und bei ihrer nächsten Sitzung im September über mögliche Schritte beraten, sagte Bernanke am Freitag in einer mit Spannung erwarteten Rede in Jackson Hole im Bundesstaat Wyoming. ...

Bernanke ließ indes keinen Zweifel an seiner Entschlossenheit zum Eingreifen, falls sich kein stärkerer Aufwärtstrend der US-Wirtschaft zeigen sollte: Die Zentralbank „steht bereit, ihre Instrumente je nach Lage einzusetzen, um unter Berücksichtigung der Preisstabilität eine stärkere Erholung zu fördern“.

Warum sollte der Notenbank-Chef so reden, wenn er die Schwäche der Konjunktur nicht durch Geldkreisprobleme und Zinssätze verursacht sähe? Eine Betrachtung, die immer noch von vielen „Experten“ geleugnet wird. Aber was kann die Fed tun, wenn sie mit dem Zinssatz im Nullbereich angelangt ist? Sie kann dann tatsächlich mit einem negativen Zins bei der Geldausgabe operieren, wie er schon von Wirtschaftswissenschaftlern diskutiert wurde.²⁴ Es ist damit aber noch keineswegs gesagt, daß das zusätzliche Geld auch nachfragewirksam wird. Es kann auch einfach den Bestand in den Spekulationskassen vermehren, weil diese Kredite ja nur mit wenig Kosten belastet sind. Die Berücksichtigung der Preisniveaustabilität kann aber nur dann erfolgen, wenn es der Notenbank gelingt, gleichzeitig brachliegendes Geld durch Verkauf von Gold und guten Wertpapieren aus den Horten zu locken und aus dem Verkehr zu ziehen. Gelingt das nicht und mobilisiert sich das brachliegende Geld z. B. durch eine Inflationsangst, dann ist für dieses Geld kein Gegenwert im Markt mehr vorhanden. Die Erwartung einer Inflation erfüllt sich. Die Kritik des Bundespräsidenten Wulff an dem Ankauf

²⁴ Negativer Zinssatz der Notenbank bedeutet, daß von dem Geld, das sie mit einer Auszahlung von 100% an Geschäftsbanken (oder dem Staat – wenn es die Statuten zulassen) ausleiht nur 99, 98, 97 % oder wenige bei Fälligkeit zurückverlangt zurück verlangt.

von Schuldtiteln der EZB mit der Wirkung der Geldvermehrung ist daher voll berechtigt. Es gilt aber auch folgende Aussage zu bedenken:

Allzu großen Eindruck in der Bundesregierung hat die Rede des Präsidenten dennoch nicht hinterlassen - was vor allem daran liegt, dass Wulff zwar die Mängel der Vergangenheit und der Gegenwart, nicht aber einen Weg in die Zukunft aufgezeigt hat. Genau an der Stelle nämlich, an der es interessant zu werden versprach, endete die präsidiale Rede.

Ob der höchste Repräsentant der Bundesrepublik über seine Kritik am Krisenmanagement von EZB und EU hinaus auch eine Vorstellung davon hat, wie Europa und die Währungsunioni künftig konstruiert werden sollen, erfuhren so weder die Nobelpreisträger noch die eigentlichen Adressaten der Rede, die Bürger.

Die Sätze waren in dem Beitrag von Stefan Braun und Claus Hulferscheidt in der Süddeutschen Zeitung vom 26. August 2011. Der Titel des Artikels:

Präsident klein-klein / Wulf
Wulff greift das Gefühl auf, dass etwas grundsätzlich schief laufen könnte in Europa - aber eine Vision hat er nicht.

Es ist kein Wunder, daß der Bundespräsident in Bezug auf die Staatsverschuldung, den Euro und die internationale Finanzordnung keine Visionen (nicht mehr als notwendiges Politkegplapper) entwickeln kann, wenn die Politik bestimmte Erkenntnisquellen einfach leugnet oder gar zuschüttet. Wo sind denn Ihre Visionen? Das "Arbeiterparadies" streben Sie doch wohl nicht an. Und ich vermute (und hoffe), daß Ihnen der Kapitalismus weder in chinesischer, us-amerikanischer noch in europäischer Form als fortsetzungswürdig und entwicklungsfähig erscheint. Auf Seite 5 der gleichen Ausgabe der SZ wird unter der Schlagzeile **Unmut und Schadenfreude**, die Kritik des Altkanzlers, Helmut Kohl, an die Politik der Bundesregierung verhandelt. Darin heißt es:

Grünen-Fraktionschef Jürgen Trittin bezeichnete Kohls Kritik an Merkel als "beispiellos und vernichtend". Ich will nun nicht Kohls Kritik meinerseits bewerten. Aber in Bezug auf die Finanzkrise und die Gefährdung des Euros stehen Sie, Die Bündnisgrünen und die ganze weitere Opposition nicht besser da als die Bundesregierung, die CDU/CSU und die FDP. Eine Schadenfreude wäre hier nicht angebracht.

Ich komme jetzt zu Oswald von Nell-Breuning mit Zitaten aus dem Buch "Den Kapitalismus umbiegen / Schriften zu Kirche, Wirtschaft und Gesellschaft / Ein Lesebuch", herausgegeben

von Friedhelm Hengstbach SJ, 1990. Ich schaue immer mal wieder gerne mit Gewinn in dieses Buch. Dabei übergehe ich nicht die Stimmen, die da sagen, daß von Nell-Breuning mit der Rechtfertigung des Kapitalertrages den antibiblischen Kurs der Kirchen in Bezug auf den Zins gestützt hat. Viele Kirchengemeinden pflegen heute ihr *goldenes Kalb* in Form einer Stiftung und hoffen, mit deren Zinserträgen ihre Finanzen aufzubessern und Gutes tun zu können.

Ein Gegenspieler von Oswald von Nell-Breuning, Prof. Dr. Thol. Dr. rer.pol. Johannes Kleinhappl (1893 - 1979)²⁵ wurde von der katholischen Kirche zum Schweigen gebracht. Ernst van Loen hat posthum das Ergebnis der Gedankenarbeit von Kleinhappl ab 1991 in fünf Bänden herausgebracht. In diesem Zusammenhang ist auch auf Johannes Heinrichs hinzuweisen, der von Nell-Breuning unmittelbar erlebt und sich mit Kleinhappl intensiv beschäftigt hat und eine Zeitlang den Lehrstuhl für Sozialökologie in Nachfolge von Rudolf Bahro an der Humboldt-Universität inne hatte. In seinem Buch "Sprung aus dem Teufelskreis - Sozialethische Wirtschaftstheorie, Band 1 (Aktualisierte Neuaufgabe 2005 mit einem Vorwort von Wilhelm Hankel zitiert Heinrichs (Prof. a.D. Dr. habil.) einleitend Karl Walker, mit dem ich wiederum eng verbunden war. (K.W. war SPD-Mitglied). Ich bringe dieses Zitat von Walker vor den angekündigten, weil es gut die Problematik verdeutlicht, mit der sich auch von Nell-Breuning auseinandersetzt.

"Wenn die westliche Welt überhaupt so etwas wie Einigkeit in einer Sache an den Tag legt, dann in dem einen Punkt, daß kein Staat, kein Politiker, keine Universität, keine Kirche und keine Schule auch nur daran denkt, die unserer ökonomischen Ordnung zugrunde liegende axiomatische Notwendigkeit der sogenannten "Rentabilität" - und damit die Verzinsung des Investitionskapitals - preiszugeben. Nicht die Freiheit ist unser Höchstes! Das sind Deklamationen für Massenmedien. Wir sehen doch: wo die Freiheit im ökonomischen Wettbewerb die Rentabilität angreift und abbaut, wird sie dem 'höheren Ideal' untergeordnet"

(Karl Walker, Geist und Weltgestaltung, Ausgewählte Werke, 279)
Übernommen aus Sprung aus dem Teufelskreis von J. Heinrichs

Jetzt folgen Zitate von O.v.N-B²⁶ aus: *Den Kapitalismu umbiegen*

25 Siehe dazu: "Eine Erinnerung an den Moraltheologen Johannes Kleinhappl" von Gerhard Oberkofler
http://www.klahrgesellschaft.at/Mitteilungen/Oberkofler_3_04.html

26 Ich zitiere von Nell-Breuning nicht, weil ich selber ein Christ bin, sondern weil ich nach Quellen suche, die

Solange und soweit es so etwas wie katholische Soziallehre gegeben hat, bestand auch immer schon heftiger Streit der Meinungen:

zu allen Zeiten der Streit um die Institution des Eigentums und um die Verpflichtung, die »superflua« abzugeben oder später von den »superflua« abzugeben;

im Mittelalter der Streit der Papalisten und der Regalisten;

zu Beginn der Neuzeit der Streit um das Zinsverbot, später ausgeweitet zum Streit um die Berechtigung des arbeitslosen Einkommens oder überhaupt jeglichen Besitzeinkommens;

um die Jahrhundertwende bei uns in Deutschland der alles vergiftende Gewerkschaftsstreit, unsere besondere Erscheinungsform des die ganze katholische Welt zerreißenden, bis in die letzten Tiefen hinabreichenden Integralismus, der heute mit der verkehrten Front wieder aufzuleben scheint in Spielarten der »politischen Theologie« und/ oder der »Theologie der Revolution«.

(S. 158 f.)

Wir sehen, die wesentlichen ökonomischen Fragen beschäftigen nicht nur die Wirtschaftspolitiker und Wirtschaftswissenschaftler, sondern auch die Theologen, besonders dann, wenn sie ein Gespür für ökonomische Aussagen der Bibel haben.

Auch die verschiedenen Einteilungen des Naturrechts (primär, sekundär ante- und postlapsarisch u. a. m.) sind keine Einteilungen des Naturrechts, sondern Anwendungen ein und desselben Naturrechts oder Lehren über dessen Anwendung auf verschiedene Bereiche bzw. auf die vor und nach einem bestimmten Ereignis (hier: Sündenfall) bestehende Verumständung. - Zur Entwirrung braucht es nichts anderes als einen sauberen Sprachgebrauch. Das ernsthafte Bemühen, sich genau und für den anderen verständlich auszudrücken, zwingt zunächst dazu, sich selber klar zu werden, was man meint und zum Ausdruck bringen will; eben damit führt es auch schon dazu, daß man sich gegenseitig versteht oder mindestens verstehen kann. Im Grundsätzlichen bliebe dann sehr wenig substantielle Meinungsverschiedenheit übrig; es würde sich zeigen, daß die wirklichen Meinungsverschiedenheiten in Sachfragen ihre Ursache zum allergrößten Teil in verschiedener Information über die Tatsachen oder in verschiedener Beurteilung tatsächlicher Momente haben; bei unsern meisten Kontroversen ist das mit Händen zu greifen.

(S.161)

Der unsaubere Sprachgebrauch ist auch in der Ökonomie zu finden. Wenn z.B. Forderungen auf Geld als Geld (als Giralgeld) zu bezeichnet werden, dann trägt das nicht dazu bei, unsere

helfen könnten, unserem kollektiven ökonomischen Wahnsinn zu überwinden.

ökonomischen Konflikte aufzulösen. Selbst von Nell-Breuning ist in dem genannten Beispiel Opfer der sprachlichen Verwirrung geworden.

In meinem Text > Das Geld, das „Giralgeld“, das Kapital, der Zins und die Produktionsfaktoren haben schon viele kluge Köpfe verwirrt < Nr. 38.0 setze ich mich auch mit dem Buch „*Vom Geld und vom Kapital*“ von Oswald von Nell-Breuning und J. Heinz Müller, 1962 auseinander.

<http://www.tristan-abromeit.de/pdf/38.0%20Vom%20Gelde%20und%20vom%20Kapital%204.06.odt.pdf>

Ich zitiere ihn hier wie folgt:

...Wenn der Kaufmann das Bargeld aus seiner Ladenkasse zur Bank bringt und sich dort gutschreiben läßt, verwandelt die Bank es ihm in Buchgeld: sie erteilt ihm eine Gutschrift, und damit hat er „Geld“ in den Büchern der Bank; dafür hat die Bank jetzt sein Bargeld in ihrer Kasse; es ist ihr Eigentum geworden; sie kann darüber verfügen, wie es ihr gutdünkt. Das in Buchgeld umgetauschte Bargeld besteht also weiter; es hat sich gewissermaßen im Buchgeld verdoppelt.

Waren es 10000 DM, so sind nunmehr 10000 DM in Bargeld und dazu noch einmal 10000 DM in Buchgeld vorhanden. Wir haben hier zugesehen, wie neues Geld entstanden ist. (S. 27 ff.)

Die Denkfehler daß bei einer Einzahlung von Bargeld bei einer Bank sowohl der Einzahler, wie auch die Bank (oder deren Darlehnsnehmer) über die gleiche Geldmenge verfügen können oder daß die Banken sogar durch eine Eintragung einer Zahl in ihre Bücher Geld schöpfen können, unterläuft nicht nur einem klugen Kopf, wie er von O.v.N.-B. präsentiert wurde. Aus der Beobachtung, daß man mit Übertragungen von Ansprüchen auf Geld auch Rechnungen bezahlen kann und daß das zirkulierende (Bar-)Geld ein Vielfaches an Forderungen auf Geld (Giralgeld / Buchgeld) erzeugen kann, werden falsche Schlüsse gezogen. Wenn die Banken Geld oder Kredit aus dem Nichts schöpfen könnten, wären sie Dieben und Geldfälschern gleichzustellen, denn das Geld repräsentiert Güter, die im Markt sind. Und regulär kommt nur der, - Übertragungen und Schenkungen ausgenommen - nur der, der vorher selbst dem Markt Güter oder Leistungen in Höhe des Geldwertes hinzugefügt hat. Außerdem: Wenn die Banken selber Geld schöpfen könnten, könnten sie nicht illiquide werden, also Pleite machen. Jegliche Hilfe von Seiten des Staates wäre überflüssig. Diese Fehleinschätzungen in Theorie und Praxis belasten bis heute den ganzen Klärungsprozeß im Wäh-

rungs- und Finanzbereich. Die Gesellschaften dürsten geradezu nach einer Klärung, aber die Politik finanziert lieber die Erforschung der schwarzen Löcher, als jene lebensnotwendigen Zusammenhänge im Geldsektor.

Klassenkampf - Klassenauseinandersetzung

Würden alle Menschen die goldene Regel befolgen - alles, was du wünschst, daß man dir tue, das tue auch du deinen Mitmenschen -, dann wäre die Aufgabe sehr einfach zu lösen. Man würde sich zusammensetzen und überlegen: wie müßte eine politische, soziale und wirtschaftliche Ordnung aussehen, damit allen aufs Beste gedient ist, alle zu ihrem Recht kommen? Ob Marx geglaubt hat, in der klassenlosen Gesellschaft der Zukunft würden alle Menschen so einsichtig und so selbstlos sein und handeln, können wir dahingestellt sein lassen; der Papst ist sich bewußt, daß die Menschen in der heutigen Gesellschaft sehr dazu neigen, wenn sie stark genug dazu sind, ihre eigenen Interessen auch auf Kosten der Interessen anderer und des Gemeinwohls durchzusetzen, und gibt sich keiner Täuschung darüber hin, daß sie auch in der von ihm erstrebten klassenfreien Gesellschaft nicht anders sein und handeln werden. (S. 203)

Der Papst kommt ja auch gar nicht umhin, das so zu sehen. Wenn er diesen Sachverhalt leugnen würde, würde er seinem Gott ja vorwerfen, daß er den Menschen falsch konstruiert hat. Wenn wir den Menschen als kybernetisches System betrachten, dann braucht er eine eindeutige Orientierungsgröße. Der Eigennutz – der nicht das altruistische Handeln als eigenständiges Bedürfnis ausschließt – ist so eine Orientierungsgröße. Institutionell müssen die Rahmenbedingungen so gestaltet werden, daß die Annahme der liberalen Klassiker, daß der Mensch durch sein Bemühen, seinen Eigennutz zu befriedigen, auch den größten möglichen Nutzen für die Gemeinschaft zu erzeugt, Wirklichkeit wird. Gesell nannte sein Hauptwerk „Die Natürliche Wirtschaftsordnung“, weil er überzeugt war, daß dieses Ziel erreichbar sei und nicht weil er glaubte, die Natur würde uns eine Wirtschaftsordnung offenbaren. Bei Gesell heißt es im Originalton:

Die Wirtschaftsordnung, von der hier die Rede ist, kann nur insofern eine natürliche genannt werden, als sie der Natur des Menschen angepaßt ist. Es handelt sich also nicht um eine Ordnung, die sich etwa von selbst, als Naturprodukt einstellt. Eine solche Ordnung gibt es überhaupt nicht, denn immer ist die Ordnung, die wir uns geben, eine Tat, und zwar eine bewußte und gewollte Tat. (NWO, 1949, S. 12)

Und nun wieder Oswald von Nell-Breuning:

Was haben wir bei Marx gelernt?

Diese Übernahme und teilweise Fortbildung der Marxschen Diagnose der kapitalistischen Klassengesellschaft und die daraus sich ergebende Anerkennung der Notwendigkeit und damit Berechtigung des Klassenkampfes durch die katholische Soziallehre trägt aber noch weiter. Darin beschlossen liegt die Einsicht, daß soziale Strukturen nicht schlechthin gegeben und als solche hinzunehmen sind; sie sind - das gleiche gilt von der Art und Weise, wie die Menschen ihre Wirtschaft betreiben - keine natürlichen oder gar »ewigen« Kategorien, nicht schlechthin Datum, sondern eben so sehr oder noch mehr Problem. Das haben wir natürlich schon immer gewußt, waren uns dessen jedoch durchaus nicht immer bewußt. Wir können es auch so ausdrücken: wir waren sehr geneigt, alles von der guten oder bösen Gesinnung zu erwarten oder ihr zuzuschreiben: »seid nett zueinander«, so meinten wir und so meinen einige Leute heute noch, und alles ist in schönster Ordnung. Gewiß sollten wir nett zueinander sein, gewiß bedarf es der Gesinnungspflege und Gesinnungsänderung, der »metanoia« im neutestamentlichen Sinn. Aber sie allein schafft es nicht; zur Gesinnungsänderung muß die Änderung der Institutionen kommen, nicht nur »Zuständereform«, sondern Reform der Institutionen oder sozialen Strukturen, deren Ausfluß die jeweils herrschenden »Zustände« sind.

Haben die Nationalökonomen bei Eucken gelernt, in Ordnungen zu denken, so wir bei Marx, in institutionellen Kategorien zu denken. Unter den sozial interessierten Katholiken hat es einen langen Streit über Gesinnungsänderung oder Zuständereform gegeben; Pius XI. hat mit ihm ein für allemal aufgeräumt: nicht entweder/oder, sondern sowohl/als auch: Gesinnungsänderung ja, aber sie muß im Kampf um die Zuständereform oder richtiger um die Reform der Institution sich bewähren; die Reform der Institutionen muß die schweren Belastungen, denen ehrliches und rechtliches Verhalten ausgesetzt ist, wegräumen und damit die bessere Gesinnung und das Handeln nach ihr erleichtern.

Ganz gleich, welchen Grad der Richtigkeit wir den Ergebnissen der Marxschen Analyse im einzelnen zuerkennen, auf jeden Fall hat sie uns gelehrt, den Strukturen und Institutionen die gebührende Aufmerksamkeit zu schenken, nicht nur ihr ungeheures Gewicht bei all unseren Überlegungen in Rechnung zu stellen, sondern vor allem ihre weitgehende Gestaltbarkeit und damit ihre Bedeutung als Operationsvariable uns zunutze zu machen. Damit aber haben wir von Marx nicht nur in Institutionen zu denken, sondern, was noch mehr ist, geschichtlich zu denken gelernt. (S. 206 f.)

Ich sehe hier keinen Widerspruch zwischen Marx und Gesell einerseits und von Nell-Breuning und Gesell andererseits.

Wie »sozial« ist die »Soziale Marktwirtschaft«?

Wir befassen uns mit dem Ideengebäude, für das Alfred Müller-Armack den beispiellos werbewirksam gewordenen Namen »soziale Marktwirtschaft« geprägt hat, und werfen höchstens den einen oder anderen Seitenblick auf das, was in der Praxis der seit dem 20. 7. 1948 verflossenen Jahre daraus geworden ist. (S.222)

An dieser Stelle und im weiteren Text wird deutlich, was ich in anderen Zusammenhängen betont habe. Die Idee von der Sozialen Marktwirtschaft und das was von der Idee realisiert wurde sind zwei verschiedene Dinge. Jedenfalls hatten die Schöpfer des Modells "Soziale Marktwirtschaft" nicht die Vorstellung einer Addition von Kapitalismus und soziales Netz, daß sich an der Zentralverwaltungswirtschaft orientiert.

Zum großen Verdruß von Müller-Armack habe ich selbst einmal die soziale Marktwirtschaft als die »theoretische Begleitmusik« zu unserer Wirtschaftspolitik bezeichnet; das wollte er nicht gelten lassen und sie lieber als »theoretische Programmmusik« bezeichnet wissen. Immerhin hat auch er bei der gleichen Gelegenheit sich dahin geäußert, »das, was wir in der Bundesrepublik anstreben, ist eine »soziale« Marktwirtschaft (>sozial< in Anführungszeichen) ... Die Wirklichkeit wird wahrscheinlich (sic!) nie einer solchen möglichen Ordnung entsprechen. Es ist klar, daß erst recht die gegenwärtige Wirklichkeit (das war 1955) einer solchen Ordnung noch nicht entspricht.« Noch viel deutlicher an späterer Stelle: »Es ist keine Rede davon, daß ich sage, das faktisch Bestehende sei soziale Marktwirtschaft. Das faktisch Bestehende hat im Sinne der Konzeption der sozialen Marktwirtschaft soziale Wirkungen gehabt. Die soziale Marktwirtschaft ist der Entwurf einer möglichen, bisher nur teilweise realisierten Konzeption.« So Müller-Armack in: »Der Christ und die soziale Marktwirtschaft«.

In der Grundsatzfrage weichen demnach Müller-Armack und ich insoweit voneinander ab, als er die - damalige, erste und ursprüngliche - Konzeption der sozialen Marktwirtschaft für eine »mögliche Ordnung« hält bzw. hielt, während ich zwar überzeugter und entschiedener Anhänger der Verkehrs- oder Marktwirtschaft bin, auch noch in Übereinstimmung mit ihm und mit den Neoliberalen überhaupt den Wettbewerb für ein überaus nützliches Ordnungsinstrument halte; dann aber gehen die Meinungen auseinander; im Gegensatz zu Müller-Armack und den Neoliberalen kann ich den Wettbewerb, auch den noch so geschickt institutionalisierten Wettbewerb, nicht als ausreichendes Instrument und noch weniger als Ordnungsprinzip der Wirtschaft ansehen; der Wettbewerb allein reicht nicht aus, damit die Wirtschaft auch nur einigermaßen reibungslos funktioniert, noch viel weniger, um den sozial befriedigenden Vollzug und ein sozial gerechtes Ergebnis der Wirtschaft zu gewährleisten. (S. 236)

Damit legt von Nell-Breuning eine Schwachstelle der Ordoliberalen (den Neoliberalen erster Prägung) offen, aber auch seine eigene. Solange das Kapital einen wesentlichen Teil des Arbeitsertrages für sich beanspruchen kann, kann es keinen Wettbewerb geben, wie ihn sich die Ordoliberalen vorgestellt haben. Aber auch wenn man den Kapitalertrag als unverzicht- oder vermeidbar hält - wie von Nell-Breuning -, dann muß der analysierende und gestaltende Geist seine Zuflucht in einem staatlichen Interventionismus suchen. Der Staat kann dann nicht nur der Ordnungsgeber für den Markt sein, sondern er muß ständig in den Markt als Akteur eingreifen, mit der Folge, daß jeder Eingriff wenigstens einen weiteren erforderlich macht und die Marktwirtschaft nur noch als Worthülse übrigbleibt. .

W. Röpke hat einmal die Redewendung gebraucht, die soziale Marktwirtschaft bedürfe eines »gesellschaftlichen Widerlagers«, d. h. sie setze den Bestand einer gewissen gesellschaftlichen Ordnung voraus, die ihr einwandfreies Funktionieren garantiere. Alexander Rüstow spricht vom »Datenkranz«; es komme wesentlich darauf an, den richtigen Datenkranz zu setzen; dieser Rahmen oder Rand sei von entscheidender Bedeutung für das, was sich in Politik, Gesellschaft und Wirtschaft abspiele. Er wagt sogar die paradoxe Formulierung, dieser Rahmen sei menschlich gesehen das Zentrale und im Gegensatz zu ihm sei das Zentrum der Marktwirtschaft für den Menschen nur das Periphere (a. a. O. S. 118). So hat denn auch Müller-Armack selbst, der noch 1955 ausdrücklich auf seinen Beitrag im Handwörterbuch der Sozialwissenschaften als die authentische Interpretation der sozialen Marktwirtschaft verwies, nicht viel später in aller Form anerkannt, daß die Wirtschaft, erst recht, wenn sie soziale Marktwirtschaft sein will, der gesellschaftlichen Einbettung bedarf, und dies als die nunmehr fällige zweite Stufe der sozialen Marktwirtschaft proklamiert.

Nach dem ursprünglichen Konzept der sozialen Marktwirtschaft erschöpfte die wirtschaftspolitische Rolle des Staates sich darin, den Wettbewerb funktionsfähig zu machen und zu erhalten, wozu damals allerdings das titanische Werk gehörte, die gegen ihn aufgebauten turmhohen Hindernisse niederzulegen und wegzuräumen. Nachdem das in der Hauptsache geschafft war, tat er einen Schritt weiter. Er nahm die Möglichkeit wahr und ergriff sie, die Wirtschaft ohne Verstoß gegen das Verkehrs- oder marktwirtschaftliche Prinzip, ohne Rückfall in Zentralverwaltungswirtschaft oder gar ausgesprochene Zwangswirtschaft, »mit der leichten Hand« durch Setzen von Rahmenbedingungen oder eines Datenkranzes zu lenken; die Erfahrung lehrte, daß die Wirtschaft - namentlich dann, wenn sie in ihrem Vollzug und in ihrem Ergebnis »sozial« sein sollte oder wollte -, einer solchen Lenkung bedarf. Damit war der dogmatische Panzer der ursprünglichen Konzeption der sozialen Marktwirtschaft gesprengt; soziale Marktwirtschaft wurde aus einer modelltheoretischen Illusion zu einer praktikablen Sache. (S. 237)

Hier bleibt anzumerken:

1. Röpke und Rüstow waren bei jenen Freiwirtschaftlern, die vor mir alt waren und jetzt unter dem Rasen liegen, angesehene und respektable gedankliche Bezuggrößen. Für die Erarbeitung einer inhaltlichen Übereinstimmung hat auf beiden Seiten die Lebenszeit nicht ausgereicht.
2. In der Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft (ASM) - eine freiwirtschaftliche Gründung - gab es anfangs eine fruchtbare Zusammenarbeit zwischen den Ordoliberalen und den Freiwirten, bis sich die ewig Gestrigen durchsetzten, die unter der Fahne der Sozialen Marktwirtschaft dem Privat-Kapitalismus wieder auf die Beine helfen wollten und die ASM-Gründer erst an den Rand, dann raus drängten. (Die damaligen Akteure haben das erlebt, was wir später auch bei den Grünen erfahren haben.)
3. Die Freiwirtschaftler wollten die Wirtschaft von Anfang an in eine der Gesamtheit der Gesellschaftsmitglieder dienende Funktion bringen. Ihnen war der Rahmen, der Datenkranz und die humanen Ergebnisse das Wesentliche und nicht die Rendite.
4. Vom ursprünglichen "dogmatischen Panzer der ursprünglichen Konzeption der sozialen Marktwirtschaft" würde ich nicht sprechen. Zu der Erstarrung des Konzeptes haben wahrscheinlich jene Kräfte beigetragen, a) die die starke antikapitalistische Haltung der Nachkriegsgesellschaft der BRD überwinden wollten und b) jene Akteure, denen der freiwirtschaftliche Ansatz nicht einsichtig war. Ich sehe es so, daß der Erfolg der unter Erhard eingeführten marktwirtschaftlichen Ordnung, in den ersten Jahren den Widerspruch zwischen Marktwirtschaft und Kapitalismus verdecken konnte.
5. Die Ordoliberalen haben sich ein Ergebnis ihres Modells vorgestellt, das den Kapitalertrag zu einer Restgröße machen würde. Die Freiwirte waren der Meinung, daß dieser Zustand nicht ohne institutionelle Vorkehrungen (Umlaufsicherung des Geldes als Voraussetzung einer Dauerkonjunktur bei Preisniveaustabilität und die Abschöpfung der unvermeidbaren Bodenrente) nicht zu machen sei. Hier lag der Dissens zwischen den Ordoliberalen und den Freiwirten. Nachzulesen ist dieser geschichtliche Vorgang in "Freiheit oder?" von Ernst Winkler, im Doppelheft 273/4 der Zeitschrift *Fragen der Freiheit* (www.sffo.de), in den Tagungsprotokollen "Magna Charta der sozialen Marktwirtschaft", 1951 und "Das Programm der Freiheit", 1953 und weiteren alten Verlautbarungen.

Zu den Punkten f) bis k)

Sehr geehrter Herr Trittin, Ihre kurzen Antworten in dem Interview haben eine solche Fülle an

Anmerkungen bei mir mobilisiert, daß ich in Bezug auf die Punkte f) bis k) an dieser Stelle passe. Die geplanten Stromtrassen halte ich als Thema für äußerst wichtig, weil sie unser Bodenrecht stark berühren: Für den Nachweis der Bodenrechtsproblematik ²⁷ könnte ich Konrad Adenauer, Winston Churchill oder Friedrich Naumann aufrufen. In der SPD, in der wohl noch lange Spuren der am Anfang des vorigen Jahrhunderts starken Bodenreformbewegungen zu beobachten waren, haben diese um des Machtzuwachses und Machterhaltes wegen aufgegeben oder in der Rumpelkammer ihrer Geschichte versteckt. Bei dem jetzigen und auch bei einem reformierten Bodenrecht ist die Frage zu beantworten: Wann darf der Staat in die Eigentumsrechte seiner Bürger unter welchen Bedingungen eingreifen. Wichtig ist vor allem zu klären, ob Projekte für die Gesamtheit der Bürger geplant und realisiert werden sollen und ein Monopol darstellen – wie im Falle der geplanten Stromtrassen - zu Gunsten privatrechtlicher Unternehmen staatlicherseits erzwungen werden dürfen. Ist es nicht auch klüger eine Eigentumsform und Finanzierung zu wählen, die nicht zusätzlich die Spekulationsmasse an der Börse vermehrt, statt fluktuierendes Kapital langfristiger bindet? Dann ist es in einem dicht besiedelten Land aus psycho-gesundheitlichen Gründen nicht egal, ob das Land noch mehr durch Stromtrassen und Straßen jegliche Spur von Natur verliert. Der Verlauf der Stromtrassen kann wirklich nicht nur eine Angelegenheit von Ministerien und einzelnen Aktiengesellschaften sein. Wenn man nicht „Stuttgart 21“ auf die ganze Republik ausweiten will, ist ein Umdenken angesagt. Den Kostenvorteil oberirdischer Leitungen für die Betreiber, der sicher nur zu einem geringen Teil an alle Endnutzer weitergegeben wird, kann nicht dadurch erzwungen werden, daß ein Teil der Nutzer den Schaden, der ihnen durch die Maßnahme entsteht, einfach zu schlucken haben. Durch eine gerechte Entschädigung der Trassengeschädigten dürften die oberirdischen Leitungen gegenüber der Erdverkabelung verlieren. Die Trassenführung hätte von Anfang an öffentlich erörtert werden müssen. So nebenbei wurde mal berichtet, man könne sich auch eine Untergrundverkabelung im Uferbereich der Flüsse vorstellen. Als ich den nachfolgend benannten Text schrieb, ging mir auf, daß es doch das einfachste wäre, Erdkabel entlang der Bahntrassen zu legen. Dann ist ebenfalls zu fragen: Wo bleibt die Dezentralität der Energieerzeugung. Kann es sein, daß die Stromtrassen erst durch eine durch die Politik ausgelöste Zentralisierung bzw. Konzentration der Erzeugung der alternativen Energie erforderlich wird?

Ich verweise in diesem Zusammenhang auf meinen Beitrag

"Gedankliche Blaupausen im Urlaub als Inspiration für politisches Handeln vor Ort / 1. Die Stromtrassen als Erdkabel, nicht als Überlandleitungen und nicht als Renditeobjekt, sondern

27 Das Boden- und damit auch das Ressourcenrecht ist eines der Hauptgründe für den Unfrieden in der Welt.

als Altersvorsorge" in der "Wenn jemand eine Reise tut, so kann er was erzählen". Text 93.3 / <http://www.tristan-abromeit.de/pdf/93.3%20Blaupausen.pdf>

Zum Schluß

A) Den Mitlesern empfehle ich zur besseren Urteilsbildung darüber, was die Freiwirtschaft meint und verfolgt, die drei nachfolgend benannten Kleinschriften aus einer Fülle von Veröffentlichungen zu lesen. Die Inhalte spiegeln jeweils unterschiedliche gesellschaftliche Zustände wider. Die Autoren nehmen dabei aufgrund unterschiedlicher beruflicher Bildung und Erfahrung Stellung.

a) Ich fange mit Dr. Max Sternberg an. „Warum und wie zur Freiwirtschaft“ erschien 1924. Sternberg war ein jüdischer Arzt in Emden. Er hat damals schon vorausgesehen, daß man für die wirtschaftliche Misere die Juden verantwortlich machen würde. Ich habe den Text in der Rubrik „Kleine freiwirtschaftliche Bibliothek“ unter der Ziffer 56.2.1 und 56.2.2 in zwei Versionen auf meiner Homepage.

http://www.tristan-abromeit.de/pdf_bibliothek/56.2.1%20Sternberg%20Warum%20FFF.pdf

Unter http://www.tristan-abromeit.de/pdf_bibliothek/56.2.2%20Sternberg%20Warum%20FFF%202.pdf findet man eine biographische Notiz. Gesine Janssen hat über die Juden in Emden geforscht und geschrieben. <http://www.oz-online.de/?id=542&did=29285>

b) Die zweite Schrift wurde von Prof. Dr. Paul Heinrich Diehl im Jahr der Studentenunruhen, 1980, veröffentlicht. Der Titel: „Macht oder Geist – Die Frage unserer Zeit / Wahre Demokratie – ein Wunschtraum?“ Der Text hat bei mir die Ziffer 56.41. Diehl wurde von den Nazis aus seinem Bürgermeisteramt gejagt

[Text 56.41](#) (1+16 +8 Seiten / 3.334 KB)

Prof. Dr. Paul Heinrich Diehl, Macht oder Geist - Die Frage unserer Zeit, Telos – Sonderdruck / Berlin 1968

- Wahre Demokratie – ein Wunschtraum? Aus: Telos 1968

c) Die dritte Schrift ist ein Sonderdruck aus den „Fragen der Freiheit“ und trägt den Titel "Gegen das Weitermachen wie bisher". Sie stammt von Elimar Rosenbohm, er war Bankkaufmann und Dipl. Sozialwirt und eine lange Zeit in der volkswirtschaftlichen Abteilung der Landeszentralbank (Zweigstelle der Deutschen Bundesbank) in Hannover gearbeitet. Er hat unter anderem bei dem marxistischen Volkswirt Prof. Werner Hofmann studiert und später die

Zeitschrift für Sozialökonomie mit begründet. Rosenbohm hat in seiner Zeit Jahr für Jahr die Jahresgutachten des Sachverständigenrates kommentiert und kritisiert.

Der Text ist zu finden unter der Ziffer 56.19.

Man erreicht ihn unter den Link:

http://www.tristan-abromeit.de/pdf_bibliothek/56.19%20Rosenbohm%20Gegen%20Weitermachen.pdf

Im Archiv für Geld und Bodenreform in der Universität Oldenburg befinden sich mehr Schriften und Bücher, als ein Einzelner verarbeiten kann. Natürlich gibt es auch aktuelle Bücher, Schriften und Zeitschriften. Ich nenne an dieser Stelle nur zwei Bücher von Helmut Creutz, auf den ich schon an anderer Stelle mit einem Link verwiesen habe. Die Titel: „Das Geld-Syndrom / Wege zu einer krisenfreien Marktwirtschaft“ und „Die 29 Irrtümer rund ums Geld“. Die programmatische Ausgangssituation der freiwirtschaftlichen Gründungsmitglieder der Grünen können in meinem Text 2.0 "Der dritte Weg" vom März 1980 nachgelesen werden.

B) Ich mache mir über die Wirkung dieser Zeilen keine Illusion. Seit über hundert Jahren haben tausende von handschriftlichen, maschinenschriftlichen und gedruckten Seiten von X Autoren es nicht vermocht, die Parlamente und Regierungen zu bewegen, lieber ihre Vorurteile und ideologisch bedingte Blindheit zu überwinden, statt immer wieder – trotz gegenteiliger Retorik - das Wohlergehen des Volkes hinten an zu stellen. Es war alles in den Wind gesprochen, nicht mal zwei verlorene Kriege und die Schrumpfung Deutschlands haben da als Nachhilfeunterricht gewirkt. Warum soll das heute anders sein. Bei dieser Einschätzung könnte man zum Schluß kommen, ich sei ein politischer Masochist, weil ich mich trotzdem abmühe, partiell Blinden das zu vermitteln, was sie nicht sehen können oder wollen. Bin ich nicht. Einmal geht es darum, daß im und nach dem nächsten gesellschaftlichen Zusammenbruch meine Enkel sagen können: „Unser Großvater gehörte zu jenen, die versucht haben, die Katastrophe vermeidbar zu machen.“ Zum anderen rechne ich mit LeserInnen, die das Bedürfnis haben, sich von politisch unfruchtbaren Texten im Stil von Persilwerbung, Bürokratendeutsch und Parteichinesisch zu erholen. Außerdem sind auch jene verständigen LeserInnen zu bedenken, die in der Bedeutungshierarchie noch auf den untersten Stufen verweilen, aber übermorgen einflußreiche Multiplikatoren sein können. Zu beobachten ist auch, daß das Eis des Schweigens in Bezug auf die Freiwirtschaft (die unter verschiedenen Namen vermittelt wird) zu brechen beginnt. Die Parlamentarier und Parteistrategen müssen aufpassen, daß sie in Bezug auf

das vorgetragene Anliegen nicht ihren Wählern hinterherhinken.

Ich wünsche Ihnen Kraft, Mut und Einsicht für Ihre Rolle als Vorsitzender der Bundestagsfraktion der Bündnisgrünen.

Es grüßt Sie

Tristan Abromeit

NS. Mir ist noch eingefallen, daß ich am Ende meines Schreibens die Fundstelle für meinen Denk-Zettel zur Energiepolitik für damalige FDP-Parteifreunde aus dem Jahr 1977 angeben wollte. Der Text befindet sich vermutlich als separater Anhang zu meinem Text 5.0

GLASNOST und PERESTROIKA
in der
WÄHRUNGSPOLITIK
Anmerkungen und Anfragen
zur Währungsverfassung und den Wirkungen
der Politik der Deutschen Bundesbank
- Ein Brief an den Zentralbankrat -

Mardorf am Steinhuder Meer im Oktober 1989

<http://www.tristan-abromeit.de/pdf/5.0%20Glasnost%20BB%20Haupttext.pdf>

und /oder als Anhang zum Text 19.1 "Agenda Niedersachsen 2001 -zweite Teil -"

<http://www.tristan-abromeit.de/pdf/19.1%20Offener%20Brief%20Nds.Landtag%20II.pdf>